

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. A. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 A, in Warteln direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 29. Juni 1895.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 A. Redaktion und Expedition: H. K. v. G., Welzenstraße 12.

**Inhalt:** Zur Lage der Metallarbeiter in Bayern. (Schluß.) — Die Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes. — Die wichtigsten Probleme der Elektrotechnik. I. — Staatliche Musterwerkstätten. — Zum 1. Juli. — Feuilleton: Aus einer Salonphilosophie. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung der Revisionskommission. — Der Nord-Ostsee-Kanal. — Gerichtsprechung. — Vermischtes. — Aelterliches.

## Zur Beachtung.

Zugug ist ferngehalten: **Leipzig:** Gutrich (Motoren-Fabrik Grob & Co.); Arbeiter der Fahrradbranche von **Nürnberg:** Velocipedfabr. Marschall; Metallarbeiter von **Nürnberg:** Schöner, Metallwaarenfabrik, Schützling-Doos; **Formen von Ansbach:** Offenbach (H. Doos); **Schläger von Fürth i. B.:** Klemmer von Königsberg i. Pr.; **Felsenbauer von Ludwigshafen:** Meiner & Siegwart; **Messerschmiede von Tuttlingen:** (A. Storz).

## Zur Lage der Metallarbeiter in Bayern.

Von Adolf Müller (München). (Schluß.)

6. Zustände in den Handwerksbetrieben. Nur ein geringer Prozentsatz der Kleinbetriebe gelangte zur Revision und in Anbetracht der großen Zahl der bayerischen Kleinbetriebe müssen die Erhebungen hier als spärlich bezeichnet werden. Allein so spärlich an sich, so vielfach in sozialpolitischer Hinsicht sind doch die gemachten Beobachtungen. Wir schließen sie der Einheitlichkeit halber an die gewiß recht einleuchtenden Daten über die Behrungsrichtung an und geben die Berichtstellen auch hier wortgetreu und ohne Kommentar wieder. Neben sie doch deutlich genug von dem rapiden rettungslosen Niedergang des Handwerks, von der Trostlosigkeit, der Erbarmlichkeit der Lage aller im Kleingewerbe Beschäftigten.

„In den größeren Betrieben wird mehr und mehr dahin gestrebt, durch große Arbeitsräume, Ventilation und gute Beleuchtung den der Entwicklung des Körpers schädlichen Einflüssen der verdorbenen Athmungsluft, der oft unvermeidlichen Staubentwicklung bei der Arbeit, der Ueberanstrengung der Augen entgegenzuarbeiten. In den kleinen Handwerksbetrieben stehen Verbesserungen in dieser Beziehung oft unüberwindliche Hindernisse entgegen; gutes Licht und gute Luft fehlen in den Handwerksstätten sehr häufig, und Anregungen zu Verbesserungen wird mit dem Hinweis auf den schlechten Geschäftsgang begegnet, der Kostenaufwand unmöglich mache.“ (S. 179.)

„Dagegen machte die Besichtigung der Handwerksstätten auch im Berichtsjahre den Eindruck, daß man dort meist als eine sehr überflüssige Person angesehen wird und leider auch in zahlreichen

Fällen selbst dieses Gefühl hat, da die vorhandenen Mängel fast stets nicht zu ändern sind.“ (S. 215.) „Die Zahl der Handwerksbetriebe mit über 5 Arbeitern ist gegen das Vorjahr um 22 Prozent zurückgegangen, ein Beweis des ungünstigeren Geschäftsganges, welcher in zahlreichen Werkstätten zur Verringerung der Zahl der Arbeitsgehilfen zwang.“ (S. 227, Mittelfranken.) „Die Wirkung der ungünstigen Lage der Landwirtschaft im Vorjahre hat sich natürlicher Weise auch bei den Kleingewerbetreibenden fühlbar gemacht. Die Lage dieser Bevölkerungsgruppe, die sich in vielen Fällen ohnedies nur sehr wenig von jener der Arbeiterfamilien unterscheidet, hat sich verschlechtert. Sie kam durch die Verminderung der Bestellungen in ein stärkeres Abhängigkeitsverhältnis zu den größeren Betrieben, von welchen sie die notwendige Arbeit überwiesen erhalten oder erbitten müssen.“ (S. 300.)

7. Unfälle. Die Betriebsicherheit hat nicht zugenommen. Das Unternehmertum sperrt sich gegen die Einführung bequemer Schutzvorrichtungen und die Arbeiterschaft, die gezwungen ist, in hastiger Akkordarbeit um Pfenniglohn zu ringen, sieht sich genötigt, im rücksichtslosen Kampf um die gewöhnlichsten Lebensbedürfnisse, das Leben selbst auf das Spiel zu setzen. Die stete Nähe der Gefahr stumpft ab, die Uebermüdung macht widerstandsunfähig, und der Arbeitsklave wird das Opfer seiner Lohnhörigkeit. Ein Krüppel mehr, ein Lohnklave weniger; was thut's? Die proletarische Reserverarmee ist ja groß genug, draußen vor der Thüre hungern fünf für einen, und die geistliche Entwicklung des Unternehmergewinns leidet keinen Schaden, wenn auch Tausende von Arbeitern von den Maschinen zerstückt und verkrüppelt, Zehntausende durch spärliche Nahrung widerstandsunfähig im Fabrikschutt von der Schwindsucht langsam zu Tode gequält werden. — Eine zuverlässigste Unfallstatistik fehlt, die Berufsgenossenschaften vermeiden es, auch den Aufsichtsbeamten die gesetzlich verordneten Unfallanzeigen zu erstatten. Immerhin ergibt die lächerhafte Aufstellung für das Jahr 1894 5459 Unfälle! Von den Detailsbeobachtungen dazu seien erwähnt: „Den bei den Revisionen gemachten Erfahrungen zufolge dürfte von einer erheblichen Verringerung der Betriebsunfälle keine Rede sein.“ (S. 116.) Bei den 414 in Oberfranken zur Anzeige gelangten Unfällen ist die Metallindustrie mit 28 Fällen beteiligt. (S. 191.) Dann aus Mittelfranken: „Zur Anzeige kamen aus Nürnberg und Fürth 1923, vom Landbezirk 27, im Ganzen 1950 Unfälle, und ist es zu bedauern, daß die Mittheilung der Unfälle aus dem Landbezirk fast vollständig unterbleibt und selbst schwere Verletzungen und Todesfälle nur zufällig zur Kenntniß kommen. 435 der Unfälle sind an Maschinen vorgekommen.“ (S. 233.) Der Beamte für Unterfranken rechnet aus,

daß in Betrieben mit über 5 Arbeitern auf 100 Arbeiter 1,8, in kleineren Betrieben 1,9 Unfälle treffen. In Wirklichkeit ist die Prozentziffer höher, denn der Beamte fügt diesen Angaben ergänzend hinzu: „Es ist anzunehmen, daß aus den Gewerbebetrieben eine größere Zahl von Unfällen noch nicht zur Anzeige gelangte. Auch für einige Großbetriebe mußten die Anzeigen erst requirirt werden.“ (S. 201.) In Schwaben werden 984 Unfallanzeigen gegen 901 im Vorjahre erstattet, davon entfallen auf unsere beiden Gruppen 280. Der Aufsichtsbeamte für Schwaben hat auch im verfloffenen Jahre wieder die Beobachtung gemacht, daß sich die Mehrzahl der Unfälle gegen Ende der Arbeitswoche (in Folge wachsender Uebermüdung) ereignet. Vom Mittwoch zum Samstag stieg in seinem Bezirk die Unfallziffer von 180 auf 174. (S. 387.)

8. Allgemeines und Schluß. Neben wir zunächst nun noch einige allgemeine Beobachtungen der bayerischen Aufsichtsbeamten hervor, die wir, getreu unserer objektiven Methode wiederum für sich selbst reden lassen: „Die Revisionsfähigkeit der Ortspolizeibehörden ist mit wenig Ausnahmen völlig ungenügend. Es mußte die Wahrnehmung gemacht werden, daß selbst in Städten der Anlage und Führung der besonderen Akten für die einzelnen Fabriken keine oder eine sehr geringe Aufmerksamkeit zugewendet wurde, daß über die Führung verschiedener vorgeschriebener Akten Unkenntniß herrschte, daß auch in diesem Jahre Arbeiterinnen ohne behördliche Genehmigung zur Ueberarbeit herangezogen werden konnten, daß Fabrikbetriebe mit jugendlichen und weiblichen Arbeitern von der Ortspolizei nicht revidirt wurden, und daß die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern in dieser Hinsicht als solche der Behörde förmlich aufdrängen müssen, keine gesetzliche war.“ (S. 267, 268.) „Daß in den Kreisen der Arbeitgeber immer noch unklare Vorstellungen über die Thätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten bestehen, beweist folgender im Jahresbericht 1892/93 der Handels- und Gewerbekammer für Unterfranken und Aschaffenburg enthaltene Satz, derselbe lautet:

„Betreffs der Fabrikinspektion möge hier erwähnt werden, daß man es nicht nur als einen Eingriff in die Hausrechte peinlich empfindet, sondern auch für ein demagogisch wirkendes Verfahren betrachtet, daß der Fabrikinspektor die Arbeitnehmer im eigenen Arbeitslokal des Arbeitgebers auffordert, Denunziationen gegen den Arbeitgeber bei ihm vorzubringen.“ (S. 269.)

„Es wurde die Erfahrung gemacht, daß gerade diejenigen Arbeitgeber, die sich öffentlich in Arbeitervereinen als Beschützer der Arbeiter hinstellen, die gesetzlichen Vorschriften zum Schutz der Arbeiter unbeachtet lassen und nothwendigen Anordnungen der Revisionsbeamten gegen über ungerechtfertigte Beschwerden erleben.

Einzelne lässige Betriebsunternehmer nehmen auch zu Unwahrheiten ihre Zuflucht.“ (S. 320.)

Wir schließen damit unsere Umschau in den Berichten der bayerischen Fabrik-Inspektoren. Dem künftigen Wille wäre noch mancher charakteristische Zug einzuverleiben, allein die Skizze wird auch so dem Denkenden genug des Unabentheiligen bieten. In anderer Hinsicht seien dem Entwurf aber noch einige Ergänzungen aus dem Material gewidmet, das der neueste vom Ministerium des Innern herausgegebene „Generalbericht über die Sanitäts-Verwaltung im Königreiche Bayern“ uns bietet. Der vorliegende Band umfaßt das mit einer ziemlich ergiebigen Ernte gesegnete Jahr 1892, die Verhältnisse sind inzwischen durch Jahre der Futternoth u. bekanntlich schlechter geworden. Es heißt dort über: 1. Nahrung der Bevölkerung. Oberbayern. Der Gesamteindruck ist der, daß sich die Ernährungsverhältnisse im Allgemeinen nicht gebessert haben, indem in den Städten der Fleischkonsum abnimmt und auf dem Lande vielfach minderwertige Surrogate auf Kosten der Milchmahlung überhand nehmen. (S. 120.) Niederbayern. Im Gebiete des bayerischen Waldes ist Fleisch ein seltener Genuß. Der Pferdefleischverbrauch hat wieder zugenommen. (S. 121.) Pfalz. In einzelnen Gegenden, so namentlich im Gossersweiler Thale (Bez. u. Bergzabern), bildet noch immer Kaffee, Kartoffel und Brod die Hauptnahrung der Bewohner trotz schwerer Arbeit im Walde oder in den Fabriken bei Annweiler, wohin die Leute überdies einen Weg von 10—14 Kilometer zurückzulegen haben. (S. 122.) In Oberfranken wird es als ein großes Glück gepriesen, daß im Jahre 1892 die Kartoffelernte wieder eine gute war. In den Weiberdistrikt bilden Kaffee, Kartoffel und Heringe noch die Hauptnahrung. Der Konsum von Pferdefleisch hat zugenommen und ist insbesondere in den Städten Bayreuth, Bamberg und Hof ein beträchtlicher. (S. 124.) Mittelfranken. Der Rückgang des Fleischverbrauches betrifft insbesondere die beiden Städte Fürth und Nürnberg. In der Stadt Nürnberg wurden in 983 Fällen die Kinder nicht gestillt und zwar in 52,5 Prozent der Fälle wegen physischen Uebermüdens oder Todes der Mutter, in 13,4 Prozent wegen der Nothwendigkeit, dem Verdienste nachzugehen. (S. 124, 125.) Schwaben. Ein Bezirksstierarzt theilt mit, daß die Bevölkerung, um überhaupt einmal Fleisch zu genießen, vor dem Verbrauch gefallener Stücke nicht zurückschreckt, daß verächtliches Vieh zur Fabrikation billiger Würst geschlachtet wird, daß der Konsum von Butter- und Sauermilch ausgebreitet ist und Uebertragung der Maulseuche von Kühen auf Menschen durch Genuß ungekochter Milch beobachtet wurde. (S. 126.) 2. Wohnung. Oberbayern. Der Ueberfüllung der Arbeiterwohnungen wurde durch einen Neubau mit

40 Arbeiterwohnungen „zu beggenn ver- sucht“. Niederbayern. Im Bez.-V. Regen entstanden „wenigstens in den verkehrtesten Gegenden gesunde, ge- manerte Wohnhäuser an Stelle arm- seliger Hütten“. Oberfranken. Im W.-V. Richtenfels wird die Ueberbevölkerung und ungesunde Beschaffenheit der Arbeiter- wohnungen in der Porzellanfabrik Schneib und der Korbmacher beanstandet, des- gleichen die Ueberfüllung der Arbeiter- wohnungen im W.-V. Bamberg II, wäh- rend der Bericht vom W.-V. Pegnitz klagt, daß die Wänter viel zu nieder, die Fenster zu klein und die Wohnstätten unreligiös und ungenügend seien. Be- sonders unglücklich sind die Wohnungs- verhältnisse im Frankenthal. In der Stadt Bamberg herrscht geringe Luft, Malaria, auch Typhus sind keines- wegs seltene Erscheinungen. (S. 127.) Schwaben. Der Bezirksarzt von Mem- mingen klagt über die Schwereigkeit, be- stehende Uebelstände, namentlich bezüglich der Abortanlagen zu beseitigen. In mehreren Gemeinden besteht noch der Uebel- stand, daß nur ein einziger Mann heilbar ist, der als Wohn- und gegebenen Falls auch gleichzeitig als Krankenzimmer be- nutzt wird. Ungünstige Verhältnisse be- züglich der Arbeiterwohnungen bestehen in Pforzheim, Oberhausen und anderen Nachbarorten von Augsburg, indem der hohe Grundwasserstand die Unterkellerung der Häuser verhindert, die Mauerfeuchtig- keit begünstigt und im Verein mit dem Kostenpunkte eine Kanalisierung schwierig macht. Dabei sind die Häuser viel- fach zu enge aufeinandergebrängt, auch Brunnen und Abort zu nahe beisammen.“ (S. 128.) 8. Um Kleidung und Haut- pflege kann es natürlich nur schlecht bestellt sein, wenn Wohnung und Er- nährung in Folge eben schlechten Ver- dienstes alles eher wie menschenwürdig sind. Aus Niederbayern, Oberfranken, Unterfranken wird denn auch gemeldet, daß die Krätze und andere Hautkrank- heiten chronisch herrschen.

Wenn die Erwachsenen unter den un- günstigsten Verhältnissen den Kampf ums Armliche Dasein führen müssen, machen sich die Folgen naturgemäß auch in der Unfähigkeit, gesunde Kinder zu zeugen, bemerkbar. So ist denn auch die Kinder- sterblichkeit eine verhältnismäßig große. Von 100 Lebendgeborenen in den Jahren 1891 und 1892 starben 27,4. Die häufigsten Todesursachen sind die, welche eben die mangelhafte Ernährung der Eltern, wie der Neugeborenen be- dingt: Darmkatarrh, angeborene Lebens- schwäche, Atrophie (Blutarmuth, Schwund der Organe in Folge mangelhaften Stoffwechsels). Was von den Kindern der Arbeitsklaven am Leben bleibt, vege- tirt zumelst auch an Skrophulose zc., degenerirt und steht dahin. Siehe fiete

**Aus einer Salonphilosophie. \*)**

Wenn der Verzweifelte um sich sieht, um Hilfe zu suchen, erblickt er nichts als Verzweifelte.  
 Wer alle seine Fehler kennen lernen will, muß sich die Mühe nehmen, arm zu werden.  
 Man würde die Armut sofort ab- schaffen, wenn die begüterte Klasse sich dadurch bereichern könnte.  
 Man schätzt das gute Herz, weil dieses nicht merkt, daß man es mißbraucht.  
 Habe Erfolg, und sogar die Schande wird Dir Ehre eintragen.  
 Die Gewohnheit ersnickt mehr Revo- lutionen, als alle bewaffneten Heere zu- sammengenommen.  
 Jeder möchte helfen mit den Mitteln des Anderen.  
 Wer die Welt kennt, so wie sie ist, muß erstaunen, daß wir nicht alle am Verfolgungswahn leiden.

\*) Abgewählte „Gedanken“ aus dem in französischer Sprache erschienenen Buche eines Deutschen.

Herabminderung der Ansprüche auf Willkürdiensttauglichkeit. So sorgt die eigenartige „ethische Kultur“, welche von der Jagd nach dem Unternehmergewinn gezeitigt wird, dafür, daß ohne Mal- thusianismus, ohne künstliche Mittel zur Verhütung der Empfängniß der Be- völkerungszunahme „geregelt“ wird. —

Wir sind zu Ende. Daß das ge- zeichnete Bild unvollkommen ist, kann nicht ganz uns zur Last gelegt werden. Die Hauptschuld fällt der Dürftigkeit des amtlichen Materials zur Last, der vom Bureaualtrismus behilften Vertuschungs- sucht der maßgebenden Elemente im kapitalistischen Klassenstaate. Aber immer- hin, wie schon gesagt, das Gezeigte bietet dem einsichtigen Arbeiter hinreichenden Stoff zum Nachdenken. Möge er die nothwendigen Schlüsse daraus ziehen und an der Werkbank seinem störrischen Kol- legen, der oft ebenso arbeiterfeindlich ist wie der brutalste Unternehmer, diese Erkenntniß aufzublenden mit der Fackel der Thatsachen.

Sorgt die wachsende Einsicht für immer geschlosseneren Organisation, dann — und nur dann — ist auch die Abhilfe mög- lich. Was heute demüthig erbeten und trüßig verweigert wird, das kann dann trüßig gefordert und muß demüthig ge- währt werden.

Nur von unten kommt das Heil.

**Die Durchführung des schwei- zerischen Fabrikgesetzes.**

In der Schweiz ist die Einrichtung getroffen, daß außer der eidgenössischen Fabrikinspektion auch noch die Kantons- regierungen — bekanntlich ihrer 25 — dem Bundesrathe in Bern Bericht erstatten über den Vollzug des Fabrikgesetzes und zwar je über eine zweijährige Periode, so daß das eine Jahr die Berichte der Fabrikinspektion und das andere Jahr die der 25 Kantonsregierungen erscheinen. Für 1898 und 1894 sind soeben die Regierungsberichte veröffentlicht worden, die im Allgemeinen nicht das Interesse bieten, wie die Inspektorenberichte, jedoch besonders deshalb beachtenswerth sind, weil sie die sozialpolitischen Anschauungen der Regierungen mehr oder weniger deut- lich wieder spiegeln.

Bemerkenswerth ist zunächst die That- sache, daß mit Ausnahme des Kantons St. Gallen in allen andern Kantonen in der Berichtsperiode die Zahl der dem Fabrikgesetz unterstehenden Geschäfte eine Vermehrung erfahren hat. So im Kanton Zürich von 798 Ende 1892 auf 826 Ende 1894, im Kanton Bern von 507 auf 588, im Kanton Solothurn von 181 auf 140, Baselland von 61 auf 71 u. s. w. Diese Vermehrung ist ausschließ- lich auf die gewerbliche und industrielle

Eine Hölle noch nach diesem Leben? Welch' eine Phantastie!

Undank macht leiden, hauptsächlich, wenn die Wohlthat als Kapitalanlage betrachtet worden.

Verlange Alles vom Mitleid, ausge- nommen Hilfe.

Viele erinnern uns nur durch ihren Haß daran, daß sie sich zur Religion der Liebe bekennen.

Die zivilisirten Völker tätowiren sich ebenfalls — mit ehrlichen Mienen.

Man wäre zu beklagen, liebte man sich selbst nicht mehr, als man seinen Nächsten liebt.

Wenn es kein Eigenthum gäbe, könnte man auf fast alle Tugenden Verzicht leisten.

Wir geben einander nichts mit größerer Bereitwilligkeit, als unsere Hände — wenn sie leer sind.

Die Eigenliebe hat vor der Liebe zum andern Geschlecht viele Vortheile voraus: Keine Spur von Widerstand, unbegrenzte Treue, selten ein Nebenbuhler, eine Neben-

Entwicklung zurückzuführen, da in den zwei Jahren keinerlei Ausdehnung des Wirkungskreises des Fabrikgesetzes ver- ordnet wurde. Diese Vermehrung ist um so bedeutungsvoller, als die Schweiz mit Frankreich im Zollkrieg lebt und die schweizerische Ausfuhr im Jahre 1898 um über 11 Millionen Franken weniger betrug, als 1892. Für 1894 liegen die schweizerischen amtlichen Handelsziffern noch nicht vor, doch dürfte die Ausfuhr im Vorjahr ebenfalls hinter der früherer Jahre zurückgeblieben sein, da der franzö- sisch-schweizerische Zollkrieg fortbauert. Bei diesen wirtschaftlichen Verhältnissen und internationalen Beziehungen ist die Zunahme der Fabriken von doppelter Be- deutung und gleichzeitig die denkbar wir- kungsvollste Widerlegung der alten kap- italistischen Schwundeleien vor dem „Ruine der Industrie“ durch die Arbeiterschutts- gebung.

Was den Rückgang in St. Gallen be- trifft, der sich in der Verminderung der Fabriken von 886 auf 757, also um 78, ausdrückt, so fällt er ausschließ- lich auf die Stickerindustrie. In der Be- richtsperiode wurden nicht weniger als 98 Stickerfabriken gestrichen, denen 18 neue Unterstellungen gegenüberstehen, so daß eben die 78 verbleiben. Bezüglich aller andern Industrien erfolgten nur 25 Strei- chungen, denen ebensoviele Neunterstel- lungen gegenüberstehen. Nun ist auch an dem Rückgang der Stickerindustrie im Kanton St. Gallen nicht das Fabrik- gesetz schuld, sondern wie die Regierung in ihrem Berichte sagt, der seit Jahren andauernde mißliche Geschäftsgang in dieser Industrie, soann die ausländische, namentlich sächsische Konkurrenz und die ungünstigen Zollverhältnisse mit Amerika und Frankreich. Auch im Kanton Zürich wurden 12 Stickerfabriken von der Liste ge- strichen und in Appenzell A.-Rh. 14. Be- züglich der letztern Streichungen bemerkt der Bericht, daß sie im Wesentlichen auf den Umstand zurückzuführen sind, daß die Stickerindustrie infolge der gedrük- ten Arbeitslöhne mehr und mehr eine Hausindustrie wird. Das heißt, daß die Arbeiter in ihrer Wohnung für die schlechten Löhne, statt 10 und 11 Stunden täglich, 14 und 16 Stunden ar- beiten können und dann vollends ver- sumpfen.

Wie anderwärts, so versagen auch in der Schweiz die Ortsbehörden vielfach bei der Ausführung des Fabrikgesetzes. So sagt die St. Galler Regierung: „Nur in seltenen Fällen erhält man von den Orts- behörden Kenntniß von neu entstehenden und schon errichteten Fabriken und Er- weiterung von Etablissements, welche unter die Bestimmungen des Fabrikge- setzes fallen würden; von Selbstanmeldungen der Fabrikhaber ist gar keine Rede. Die dringende Nothwendigkeit liegt daher auf

schaft, die mit dem Alter wächst, und, was am beruhigendsten ist, es existirt kein einziger Fall von Selbstmord aus Eigenliebe.

Wenn es nöthig wäre, an Stelle von Gebeten Goldstücke zum Himmel zu porzu- senden, würden fast alle Menschen Atheisten sein.

Das Geld allein hat keine Empfehlung nöthig. Opfere Dich Jahre hindurch, ruhe Dich dann nur einen Tag aus und Du wirst für einen Egoisten gelten.

Niemals predigt man Entsamung mit mehr Ueberzeugung, als zwischen zwei reichlichen Mahlzeiten.

Es gehört noch mehr Muth als Geist dazu, um richtig zu denken.

Heute lautet für viele Leute der Text der Bibel also: Im Schweize des An- gesichts der Anderen sollst Du Dein Brod essen.

Viele werden Atheisten, weil so viele Schurken es nicht sind.  
 Man bemerkt selten so tief nachdenk-

der Hand, daß verloblich in sämtlichen Gemeinden des Kantons diesbezügliche genaue Kontrolle gelbt werde. Die guten Früchte dieser Maßnahmen haben sich ge- zeigt: Ferner wird in mehreren Berichten darüber Beschwerde geführt, daß neue Fabrikbauten erstellt und dem Betrieb übergeben, weiter mehr oder weniger be- deutende bauliche Veränderungen an be- stehenden Fabriken vorgenommen werden können, ohne daß sich die Ortsbehörden darum kümmern und den vorgelegten Berichten darüber berichten. Freilich läßt dieser Mißstand auch die Fabrikanten und Bauleiter, denen doch die baupolizei- lichen Vorschriften bekannt sein müssen, in keinem schönen Lichte erscheinen. Die Unternehmer müssen denn für diese Unter- lassungsünden öfters blühen durch direkte Bestrafungen und bauliche Verbesserungen. Allerdings äußern sich andere Berichte, so auch der Züricher, voll befriedigt von der Ausführung von Fabrikbauten und der Befolgung der von den Fabrikinspek- toren aufgestellten Bauvorschriften.

Noch immer auf Hindernisse stoßen die Forderung und Benützung von Schutz- vorrichtungen an Maschinen. Die Un-fälle haben sich fast in allen Kantonen gegen frühere Berichtsperioden vermehrt. Diese Vermehrung hängt in vielen Fällen mit Vahnbauten, Tunnelbauten, vermehrter privater Bauhätigkeit und der besseren Vollständigkeit der Unfallanzeigen zu- sammen. Da in der Schweiz noch nicht die staatliche Unfallversicherung besteht, so blüht noch das Geschäft der privaten Versicherungsgeellschaften, die in gerabezu grauenerregender Weise die Vermissten, die be- bauernswerthen Opfer des Schlachtfeldes der Arbeit betrogen. So zahlte die Un- fallversicherung einem Arbeiter für die Verstümmelung des rechten Zeigefingers 50 Fr.; die Zuzerner Regierung nahm sich des Falles an und verlangte eine Entschädigung von 1000 Fr. Ein Ver- sicherungsagent reiste direkt nach Italien, um die arme Mutter eines im Kanton St. Gallen tödtlich verunglückten italieni- schen Arbeiters mit 800 Fr. abzufinden. Die St. Galler Regierung hörte aber davon, berichtete darüber sofort an den Bundesrath nach Bern, dieser benachrich- tigte die italienische Gesandtschaft in Bern, die nun klagte und durch Urtheilspruch des St. Galler Kantonsgerichts eine Ent- schädigung von 2000 Fr. und 200 Fr. Kostenentschädigung an die arme Mutter erlangte. Und so weiter. So wird von der Kapitalbesitze das menschliche Unglück zu Profit ausgeschlachtet, denn diese Ver- sicherungsgeellschaften zahlen 30—35 Prozent Dividenden, reichliche Tantiemen, legen Spezialreserven an, weil sie sich doch schämen, 40—50 Proz. Dividenden zu verteilen und bereichern sich so maß- los auf Kosten des Unglücks und der Armut. Haben wir nicht recht, wenn

liche Mienen als beim Studium der Speisekarte.

Der bequemste Patriotismus ist der, stolz auf sein Vaterland zu sein.

Arm und zugleich gut zu sein, ist ein doppeltes Unglück.

Die Tapferkeit der Fürsten erfordert oft viel Muth von den Unterthanen.

Der schmerzlichste Verlust ist ein ent- gangener Gewinn.

Viele besitzen eine Ehre erst dann, wenn sie sie angegriffen sehen!

Wie reich könnte man sein, wenn man in allen Stücken so sparsam wäre, wie in denen der Wohlthätigkeit.

Nichts ist für einen Monarchen schwie- riger, als keine Bewunderung hervorzu- rufen.

Wenn die Fürsten schnarcken, ver- nehmen die Hühner in diesem Geräusch die geistreichsten Aussprüche.

Es gibt Herzen, mit denen man Diamanten schneiden könnte.

„Le style c'est l'homme“. Gibt es wirklich so wenig gute Menschen?

wir unter diesen Umständen von Kapitalbeständen reden?

Der eifftündige Normalarbeitslag wird nach den einen Berichten im Allgemeinen eingehalten, nach anderen noch öfters übertreten und vielfach bestraft. Die Obwaldner Regierung sieht sich veranlaßt, den Eifftündentag als das „Nichtige“ zu erklären und sich gegen weitere Arbeitszeitverlängerung auszusprechen wegen der Gefahr, daß dadurch die Arbeiter an's Wirthshaus und an ein unsolches Leben gewöhnt werden könnten. Der Kanton Obwalden ist ein sehr frommer, katholischer Kanton und so haben wir in der Stellungnahme der Obwaldner Regierung gegen die Arbeitszeitverlängerung ein Stück katholischer Sozialpolitik, so recht aus dem Leben gegriffen, vor uns. Die Arbeiter im Kanton Obwalden können daraus ersehen, was sie von ihrer Regierung zu erwarten haben, trotz aller Demokratie, und auch für die Arbeiter im katholischen Parteilager überhaupt ist die Gesinnung der regierenden Herren in Obwalden eine recht interessante Angelegenheit.

Auffallend ist die Verschiedenheit der Bestrafungen. Im Kanton Baselstadt wurden zwei Uebertretungen der Sonntagsruhe mit je 100 Fr. und eine dritte mit 200 Fr. bestraft, dagegen eine gesetzwidrige Nacharbeit mit nur 5 Fr. Gemäß einer Verordnung des Bundesrates werden nun alle Urtheile betreffend die Fabrikgesetzgebung von den Gerichtsbehörden den Kantonsregierungen und der eidgenössischen Fabrikinspektion, letzterer auch die Prozesse zur Einsicht, zugesandt.

Die Luzerner Regierung bestrafte eine entsprechende Vermehrung des Personals der Fabrikinspektion, damit die Besuche in den Fabriken in kürzeren Zwischenräumen wiederholt werden können, und die St. Galler Regierung spricht sich für Errichtung eines kantonalen Fabrikinspektors aus.

Für die ganze Schweiz zutreffend dürfte sein, was über die Durchführung des Fabrikgesetzes die St. Galler Regierung sagt. Sie äußert sich folgendermaßen: „Die in der Handhabung der Fabrikpolizei bisher gemachten Erfahrungen lehren, daß das Bestreben zur Umgehung der bezüglichen Vorschriften immer noch in einzelnen Industriegebieten vorhanden ist, allerdings weniger aus Neugier als aus Gleichgültigkeit und materieller Interesse halber. Es bedarf einer gehörigen Kontrolle, um diesen Haug mit Erfolg zu bekämpfen, was durch die periodischen Inspektionen und Rekognoszierungen des Fabrikinspektors, nebst dem den Polizeiorganen übergebenen — bei den Fabrikhabern zwar keineswegs beliebten — Nachschauen wenigstens insofern erreicht wird, als solche Mißbräuche nicht mehr dauernd aufkommen können.“

Diese Sätze gelten natürlich nicht bloß für den Kanton St. Gallen und die Schweiz, sondern für alle Länder mit Arbeiterschutzgesetzgebung.

## Die wichtigsten Probleme der Elektrotechnik.

### I.

u. Wer die Grundlage und Fortschritte der Elektrotechnik der letzten Jahrzehnte überflieht, wird sich des Staunens kaum erwehren können angesichts der Fülle von Erfindungen und Einrichtungen, die hier der Menschheit nützlich gemacht wurden.

Wie die Starkstromtechnik seit Siemens' Entdeckung des dynamischen Prinzips 1866 einen ungeahnten Aufschwung nahm, so ist auch die Schwachstromtechnik nicht untätig geblieben, um den menschlichen Bedürfnissen entgegenzukommen, wie unsere Telegraphie, Telephonie und Signalwesen beweisen. Und doch ist damit das Ziel der Entwicklung keineswegs erreicht; viel-

mehr eröffnet jeder weitere Fortschritt eine Reihe neuer Aufgaben, deren Lösung wiederum neue Kräfte in Bewegung setzt, ohne eine Erschöpfung des Erfindergeistes besorgen zu lassen. So hat die Elektrizität neben ihrer technischen Revolution auch eine solche der öffentlichen Meinung bewirkt, die, früher schwerfällig und misstrauisch alles Neue betrachtend, jetzt weit eher geneigt ist, alles Mögliche und Unmögliche von dieser Naturkraft zu erwarten, und in diesem Glauben oft genug durch Schwundel und Charlatanerie getäuscht wurde. Doch wenn auch durch die Naturgesetze dem Erfindungsgeist Schranken gezogen sind, die er respektieren muß, so ist doch das seiner künstlichen Arbeit harrende Feld noch riesengroß und dankbar genug, um einen lichten Ausblick in die Zukunft zu gestatten.

Die Nebenberühmtheit auf dem Chemikertag in Paris, und Silvanus Thompson's in der Society of Arts in Chicago haben bereits eine Anzahl derjenigen Probleme, welche demnachst ihrer Lösung entgegenstehen, erörtert, wobei allerdings die Berühmtheit, auf einem Bankett gehalten, der Phantastik weiteren Spielraum gab, während Thompson sich streng an das Allernächstliegende hielt und jedes Fernsehen in die Zukunft vermied. Zwischen Gegenwart und nebelhafter Ferne aber, deren Erreichbarkeit wohl gesichert, aber dem vorläufigen Wollen noch entrückt ist, liegt ein breiter Raum von Problemen, die, im Prinzip bereits gewonnen, noch der Konstruktion, der praktischen Gestaltung harren und als wichtige Aufgaben daher zunächst in Frage kommen. Auf diese des Lesers Aufmerksamkeit zu lenken, ohne jedoch allzusehr auf dem Niveau des bereits Erreichten stehen zu bleiben, soll der Zweck der nachfolgenden Zeilen sein. Wenn wir dabei auch auf Fragen stoßen, die sich bisher besonders spröde erwiesen, so handelt es sich bei alledem doch stets um wissenschaftlich begründete und technisch vorbereitete Probleme, die von offenbarem Schwundel à la perpetuum mobile wohl zu unterscheiden sind.

Betrachten wir zunächst das Gebiet der Stromerzeugung, als eine der wichtigsten Voraussetzungen der Elektrotechnik. Wir unterscheiden hier Starkstrom und Schwachstrom, von denen jeder sein eigenes Feld inne hat. Seit Erfindung der dynamoelektrischen Maschine sind die Grenzen für die Kraftleistung gefallen, da wir im Stande sind, jedes Quantum von Energie hervorzubringen, sowohl in Höhe der Stromstärke, als auch hinsichtlich der Spannung. Wenn allerdings dem Gleichstrom hiebei an der Isolationsmöglichkeit der Stromerzeuger noch Schranken gezogen sind, so kommt dies für den Wechselstrom nicht in Betracht, dessen Spannung durch Transformatoren auf 50,000 V. erhöht werden kann, und durch Lord Kelvin bereits auf 80,000 V. gebracht wurde. Da aber der Gleichstrom wiederum Vortheile hinsichtlich der Aufspeicherung bietet, so stehen sich die Meinungen über beide Stromsysteme stark gegenüber und trotz aller Anstrengungen auf der einen Seite dürfte der Streit noch lange unentschieden bleiben, sodas sich eben jedes Stromgebiet der Praxis anzupassen hat. Dabei schließt allerdings ein das andere nicht aus, da schon gegenwärtig die Ueberführung von Wechselstrom in Gleichstrom, wenn auch mit Energieaufwand, ermöglicht wird. Hier wird der Konstruktion die wichtige Aufgabe zufallen, die Lücke zwischen beiden herzustellen, welche eine Ausgleichung der trennenden Gegensätze bewirkt, wobei für die Stromerzeugung und Fernleitung der Wechselstrom in Betracht käme, während für viele Konsumzwecke, besonders für Elektrolyse und Aufspeicherung seine Umformung in Gleichstrom vortheilhaft wäre. Hinsicht-

lich des mehrphasigen Wechselstroms, der in den letzten Jahren das Interesse für sich gewann, sind die Meinungen der Fachwelt getheilt; Thompson stellte ihm kein allzuoptimistisches Prognostikon und muß es hier der Zukunft vorbehalten bleiben, welches Feld sie ihm anweist. Größere Hoffnungen gründen sich auf das thermoelektrische Problem, weil mit seiner Lösung eine bedeutende Umwälzung der gesamten Technik anbrechen würde. Unsere heutigen Stromerzeuger großen Stills bedürfen zu ihrer Speisung der mechanischen Kraft, die wir durch Wasser, Gas oder Dampf, zumelst also durch Kohlenverbrennung herstellen. Alle Dampf-erzeuger aber haben den gemeinsamen Mangel, daß sie 85—95 Proz. der in den Kohlen enthaltenen Energie nutzlos verzehren, d. h. nur 5—15 Proz. der aufgewendeten Kraft wiedergeben. Auch die besten der neueren Systeme mit verbesserten Feuerungsanlagen geben nicht über 20 Proz. Nützeffekt. Würde diese Nützeleistung der Dampfmaschinen nur um Weniges übersteigt, so wäre der Untergang dieser Krafterzeuger, richtiger Kraftfresser, gewiß. Bei dem thermoelektrischen Problem handelt es sich um die direkte Ueberführung der Verbrennungswärme in Elektrizität, wobei also die kraustraubenden Zwischenphasen Dampf, Druck und motorische Bewegung in Wegfall kommen. Zu dieser Kraftersparnis kommen andere Umstände, die den thermoelektrischen Generator begünstigen, so die Ersparnis an Raum, Bedienung, Transmission etc., welche seine Aufstellung auch in Wohnungen, Geschäftsräumen, Villen ermbglichen, wo den Dampfanlagen bisher der Zutritt verwehrt war. Wie weit die Konstrukteure in der Erschließung dieser Aufgabe sind, zeigt der thermoelektrische Generator von J. Walbrecht (Eibersfeld), der mit Kohle zu beschicken ist. Dieser Apparat hat die Gestalt eines zylindrischen Ofens, dessen Mantel aus zusammengelegten Ringen, welche die Thermoelemente bilden und hintereinander geschaltet sind, besteht. In das Innere wird durch eine trichterförmige Öffnung der Kohle eingefüllt. Die Ringe sind mit einem Chamottefutter ausgekleidet, in welches sich der Heizring legt, welcher zwecks besserer Wärmeaufnahme mit vorspringenden Rippen versehen ist. Um alle Ringe herum läuft ein ununterbrochener Wasserstrom zur Abkühlung, namentlich der Röhrenstellen. Der Betrieb ist so einfach, wie der eines Heizofens, nur daß man für Nachfüllung zu sorgen hat. Ein Ofen von 1,75 Mtr. Höhe und 0,50 m. Dm. würde bei 60 Kilogr. 24stündigem Kohlenverbrauch ununterbrochen 6 St. 16terz. Glühlampen speisen, sodas auf 1 Glühlampentunde  $\frac{3}{4}$ —1 M Materialverbrauch kommt. Da aber ein 24stündiger Konsum fast nie erhelft wird, so ließe sich der Generator praktisch mit einer Aufspeicherungs-batterie verbinden, welcher alsdann auch größere Strommengen entnommen werden können. — Den unablässigen Verbesserungen der Konstrukteure wird es vorbehalten bleiben, aus diesen vielversprechenden Anfängen auch Generatoren für Großstromerzeugung zu entwickeln.

Ein anderes thermoelektrisches Prinzip zur direkten Verwandlung der chemischen Kohlenenergie in Elektrizität hat Edison angebaut, wobei es sich um Erhitzung von Kohle und eines Metalloxydes handelt, bei dessen Reduktion die freiwerdende Energie in elektrischen Strom umgesetzt wird. Auch hier wird die Zukunft entscheiden, ob diese Methode entwicklungs-fähig ist.

Aber nicht allein für die Starkstromerzeugung ist der Ausbau der Thermofäden von höchster Wichtigkeit, sondern auch für den schwächeren Betrieb. Noch immer fehlt in der Häuslichkeit die ideale Tischlampe und der elektrische Kochtopf, worunter wir allerdings nicht die heutigen

Apparate verstehen, deren Betrieb nur durch einen mehrgewerbigen Motor oder durch Vertrag mit einer Kraftzentrale möglich ist. Hier eröffnet sich für die Elektrotechnik ein ungeheures Gebiet, die Lieferung einer bequemen billigen und Ansprüchen genügenden Hauskraft, die ohne Schwierigkeiten zu den verschiedensten Zwecken ausgenützt werden kann. Zwar wird wohl die unabhängige elektrische Tischlampe, die ihre eigene Kraftquelle im Fuße besitzt, noch so lange ein Ideal bleiben, als man auf die chemische Batterie angewiesen ist, da bei solchen Kraftquellen genügende Stromerzeugung, konstanter Betrieb und transportables Gewicht sich nicht vereinigen lassen; denn alle derartigen Anordnungen von vollendeten, diesen Ansprüchen genügenden Erfindungen sind als Schwundel entlarvt worden. Dagegen ließe sich ein thermoelektrischer Heiz-, Koch- und Lichtbetrieb von einer, die Größe eines nützigen Zimmerofens besitzenden Thermokule wohl denken, und so wird die Häuslichkeit die Verwirklichung ihrer Hoffnungen zunächst von dieser Seite zu erwarten haben. Trotz aller fehlgeschlagenen Versuche wird in der Schwachstromtechnik lebhaft weiter gearbeitet, um Elektrizitätserzeuger kleinen Umfangs zu konstruieren, die obigen drei Vorzügen möglichst nahe kommen. Dieses Bestreben hat demnach eine Reihe brauchbarer Elemente geschaffen, und so wird auch hier der Weg gefunden werden, um die höchstmöglichen Werthe zu erreichen, wobei gegenwärtig die nach Salaba gebauten Elemente den Vorrang zu behaupten scheinen.

Nicht minder wichtig ist das Problem der Kraftvereinigung und Vertheilung, mit welchen unsere Zentralen und das Leitungswesen innig verbunden sind. Hierbei zeigen sich auch hinsichtlich der verschiedenen Länder zur Zeit noch große Abweichungen. Während man in England sich mit weniger schwer gebauten Stromerzeugern, jeder mit einer schnell laufenden Dampfmaschine direkt verbunden, behilft und in der Sammelschiene die Energie behufs Vertheilung konzentriert, beliebt man in Deutschland langsam laufende Konstruktionen, ebenfalls mit direktem Antrieb. Anders in Amerika, wo die Aemmenübertragung zwischen Dampfmaschine und Dynamo noch allgemein üblich ist und die Einheitlichkeit in den Zentralstationen fehlt, sodas dort auf dem Schaltbrett eine Menge von einander unabhängiger Stromkreise zusammenkommen. Hier wird zweifellos in Zukunft manche Vervollkommnung eintreten, indem die besten Vorzüge der verschiedenen Systeme vereinigt werden, und es kann uns zur Genugthuung gereichen, zu konstatieren, daß schon gegenwärtig die deutsche Centrale den besten Fortschritten Stand gehalten hat. Auch die Stromvertheilung hat seit Edison's Entdeckung großartige Fortschritte gemacht. Um ein Gebiet mit Kraft zu speisen, können auch eine Anzahl von Zentralstationen sich in dasselbe theilen, wie Berlin mit seinen 4 Elektrizitätswerken beweist. Dasselbe, auf größere Verhältnisse ausgebeht, ließe sich erreichen, wenn von an örtliche Verhältnisse (Wasserkraft, Kohlenruben) gebundenen Kraftzentralen aus ein großes Ländergebiet mit Strom durch Fernleitung versehen werden sollte, da nicht überall die natürlichen Kraftquellen im Mittelpunkt des zu versorgenden Gebiets liegen. Wir kommen bei der Ausnützung der wirtschaftlichen Energiequellen darauf zurück. Bezüglich der Fernleitung haben das Frankfurt-Sauffener Experiment und die Niagara-fälle-Anlage (bei letzterer erfolgt die Fernleitung auf 540 Kilometer Länge!) den Weg gewiesen, auf welchem die Aufgabe ihrer weiteren Lösung entgegensteht, und das Thwastische Projekt eröffnet neue günstige Ausblicke in die Zukunft, sodas wohl zu hoffen ist, daß schließlich auch größere Ländergebiete

mit der bestmöglichen Energie versorgt werden können.

Größere Schwierigkeiten stehen der Ausspeicherung des Stromes entgegen; wenigstens unsere Akkumulatoren sind rasch verbrauchter, haben, so geringfügig sie doch noch lange nicht den gerechtfertigten Anforderungen, da die von ihnen aufgespeicherte Kraft hinsichtlich der Masse und Gewichtsgroßheiten viel zu gering ist. Es handelt sich darum, diese Ausspeicherungsfähigkeit so weit zu erhöhen, daß sie derjenigen der Steinkohle gleichkommt. Noch besser freilich ließe sich die aufgespeicherte Kraft verwerten, wenn sie in flüssiger Form zu bequemere Zerteilung, Verteilung und Transport erhältlich wäre, wie unsere flüssigen Brennstoffe beim Kaufmann. Allerdings ist dafür gegenwärtig noch nicht der Weg gefunden, und es bleibt abzuwarten, inwieweit die Wissenschaft der Elektrotechnik hierin entgegenkommt.

Mit allen diesen Fragen hängt unzer trennlich zusammen das große Problem der Ausnützung der natürlichen Kraftquellen, das sowohl in technischer und wirtschaftlicher, wie auch in politischer Beziehung eines der wichtigsten für die Kulturbilder ist. Schon bei Behandlung des thermoelektrischen Problems erörterten wir die Mängel der heutigen Kraft erzeugung, und in einem früheren Aufsatz wurden eine Reihe solcher technisch wie volkswirtschaftlich wichtiger Aufgaben behandelt. Doch lenken wir unsern Blick ab von dem, was technisch und wirtschaftlich bereits errungen ist, um zu erkennen, welche Perspektive sich hier vor unsern Augen eröffnet. Die Natur liefert dem Menschen Grundstoffe und Kräfte in den mannigfaltigsten Formen, nach deren Vorhandensein er sich Jahrtausende lang anpassen mußte. Nicht immer stehen diese in der für uns wünschenswerten Form zur Verfügung, und sie in diese zu bringen, das führte zur Entwicklung von Arbeit und Wissenschaft und schließlich zur Unterjochung der Naturkräfte. Ist es doch gerade die Elektrizität, die als vermittelnde Zwischenstufe und alle die verschiedenen Energieformen nutzbar und dienstbar gemacht hat, und die es ermöglicht, die Energie als Naturrohprodukt in die für uns gebrauchsfähige Form zu bringen. Bedeutend spröder erweisen sich die Stoffe, aber auch sie wird der Menschengeist unter seine verwandelnde beherrschende Hand beugen, sodas wir es schließlich mit Stoff und Energie schließlich zu thun haben. Es wäre leicht, der Phantasie Verheißungen zu folgen, um die Fortschritte auf dem Gebiete der Produktion künstlicher Nahrungsmittel und Rohstoffe zu kennzeichnen. Aber begnügen wir uns mit der einfachen Konstatierung der Tatsache, daß großartige Umwälzungen bevorstehen, die namentlich das heutige Erwerbsleben von Grund aus umgestalten werden; viele Berufe, die Jahrhunderte lang ihren Platz ausfüllten, werden hinausgestoßen und neue Berufe werden entstehen zu höchstem Ansehen und Wohlstand. Aber zu dieser Entwicklung bedürfen wir der Naturkraft, d. h. der Energie, die wir nehmen, wo sie zu finden ist und in die für uns erwünschte Form umwandeln. Daher ist das Problem der Kraftquellen kein rein industrielles oder technisches, weil es durchaus nicht gleichgültig sein kann, wie, wo und in wessen Besitz wir diese Kraftquellen finden, deren die Menschheit zu ihrer Fortentwicklung bedarf. Die Ausnützung der Wasserkräfte macht gewaltige Fortschritte, — die örtliche Umformung der Kohlenlager, wenn wir uns so ausdrücken dürfen, steht im Anfang ihrer Entwicklung, verbunden mit dem Prinzip der thermoelektrischen Stromerzeugung, und die Ausnützung der Meeresbewegungen ist ebenfalls in praktische Gestalt getreten. Es fehlt noch die Umwandlung der allgegenwärtigen Sonnen-

energie und der Kraft der Luftströmungen, und die Energiefrage ist für die Menschheit gelöst zum Anbruch eines vielversprechenden Zeitalters.

Allerdings wird sich der Fortschritt dadurch nicht aufhalten lassen, daß die jetzt in Frage kommenden Energiequellen Wasser, Kohle und Strand im Privatbesitz und Verfügungsberechtigungen einiger Personen sind, sondern er wird diese zwingen, ihn zu begünstigen und dadurch seine wirtschaftliche, aber auch seine gesellschaftliche Macht zu steigern. So, innerhalb des heutigen Eigentumsrechts sich entwickelnd, wird er schließlich, von dessen Interessen gehemmt, die alten Banden sprengen, die sich dem Gesamtinteresse, der Kultur hindernd entgegenstellen. Schon gegenwärtig erregt dieser Prozeß auf dem Gebiete des Wasserrechts und des Eigentumsrechts der Straßen und Plätze (Leitungen) allgemeine Aufmerksamkeit, und die Schweiz rüstet sich schon zur Verstaatlichung der Wasserkräfte, um dem drohenden Interessenstreit vorzubeugen. Denn wenn die Betriebskraft als Monopol einiger großer, Hand in Hand arbeitender Kapitalgesellschaften ausgeübt würde, so könnten Abhängigkeitszustände eintreten, die die bei Staatsmonopolen noch übertreffen. Ähnlich ist es bezüglich der Kohlengruben, welche bereits in den Händen des Großkapitals sind und von dessen Haltung jeder wesentliche Fortschritt bezüglich der Ausnützung und Kraftverteilung abhängig sein wird. Aber wir sind jedenfalls die Letzten, die der Verstaatlichung das Wort reden möchten, da hierdurch weder für den Fortschritt noch für die Gesellschaft erheblich gewonnen wäre. Und wir haben es auch nicht nötig, da sich neben diesem wirtschaftlichen, und auf Grund desselben noch ein anderer Umwandlungsprozeß vollzieht, der die Gewähr bietet, jenen ersteren zur rechten Zeit zu kompensieren. Das ist neben der technischen und wirtschaftlichen die soziale Revolution der Kulturbilder, die, geboren und aufgewachsen mit der gegenwärtigen Entwicklung die veralteten Formen und hemmenden Schranken umlegen wird und aus sich selbst jene neue Form herausgestalten wird, welche den Fortschritten der Wirtschaftstechnik entspricht, wie sich schon gegenwärtig die neuen Formen aus dem alten Wirtschaftsgebäude herausbilden.

Denjenigen, welche das letzte Heil in der Verstaatlichung erblicken, müßte schon die erstarrende, feudale, jeden lebhaften Fortschritt verstopfende Atmosphäre unseres Postregals und Telephonwesens die Augen öffnen, und namentlich die Haltung der Postbehörde in letzterem darüber aufklären, daß Privatmonopol und Staatsmonopol im Staate der Plusmacherie daselbe bleibt. Das treibende Ferment des gesellschaftlichen Fortschrittes bildet allein das Volk selbst, und die kapitalistische Elektrolyse scheidet ja am Goldpol alle Unreinlichkeit aus, um jenes Volk herauszubestimmen, von welchem allein der gesellschaftliche Umwandlungsprozeß vollzogen werden kann.

**Staatliche Musterwerkstätten.**

In der staatlichen „Musteranstalt“ Eisenbahnhauptwerkstatt Witten a. d. R. existieren Zustände, die selbst einem Sirch-Dunder'schen Musterknaben folgenden im „Regulator“ veröffentlichten Schmerzensschrei erpressen:

„Seit dem 1. April d. J. gehört die hiesige Eisenbahn-Hauptwerkstatt zu dem neuen Direktionsbezirk Essen. Mit dieser Neueinteilung sind manche Änderungen eingetreten, die die Arbeiter früher kaum für möglich gehalten haben. Große Hoffnungen haben allerdings die Arbeiter an diesen Wechsel nicht gesetzt, doch glaubte Keiner an solche Verschlechterung, wie sie jetzt eingetreten. Das Arbeitsverhältnis ist jetzt ein sehr ungünstiges. Weniger

Arbeit wie früher. Die Akkordsätze sind unannehmbar; man weiß überhaupt bei Beginn des Akkords nicht, was für die Arbeit gezahlt wird. „Was geht das auch den Arbeiter an?“ Würde statt der Akkordarbeit ein anständiger Lohn gezahlt, so wüßte der Arbeiter doch, wofür er arbeitet und hinge nicht von der Gunst der Vorgesetzten ab. Freilich ist auch die Ansicht über „anständige Bezahlung“ sehr verschieden.

„Die Art der Auszahlung des Lohnes ist gegen früher sehr verschlechtert. Bisher erhielten die Arbeiter ihren Verdienst 10 Minuten vor Feierabend ausgezahlt, jeder Arbeiter in seiner Abtheilung, in der er arbeitet, und zwar in folgender Weise. Ein Bureaubeamter (Zahlmeister) ruft die Namen der Arbeiter auf und übergibt denselben ein verschlossenes Couvert, in welchem das Geld enthalten ist. Der Vorgesetzte der Arbeiter ist hierbei zugegen. Es waren 18 Abtheilungen (Werkmänner), in welchen in dieser Weise der Lohn ausgezahlt wurde. Hierbei war es dem Arbeiter möglich, das Couvert sofort zu öffnen, um nachzusehen, ob der Inhalt richtig und falls dieses nicht der Fall, war es auch dem Vorgesetzten möglich, eine etwaige Beschwerde sofort entgegenzunehmen und zu prüfen. Es sei jedoch gleich bemerkt, daß letzteres fast gar nicht vorgekommen, da der Inhalt wohl bis auf kleine Irrthümer immer gestimmt hat. Die neue Anordnung regelt die Auszahlung des Lohnes in anderer Weise und soll die jetzige Methode auf einer Verfügung des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten, so wird hier gesagt, beruhen. Es müssen hiernach sämtliche Arbeiter, wenn Feierabend eingetreten ist, ihre Marke (Nummer) zu sich nehmen und sich nach der Stelle begeben, wo es Geld gibt. Solcher Stellen sind statt früher 18 jetzt 3; das es nicht so glatt und schnell geht, wenn 1800 Arbeiter von 3 Zahlmeistern statt von 18 gelöhnt werden, weiß Jeder, der diese Verhältnisse auch nur annähernd kennt. Die einzelnen Abtheilungen sind nummeriert und wechseln bei den Lohnzahlungen. Die Leute, die nun Glück haben, zu der ersten Abtheilung zu gehören, kommen dann ja wohl schon eine halbe Stunde nach Feierabend fort, die Anderen später und die Letzten ca. 1 1/2 Stunde nach Feierabend. Das ist aber nur der Fall, wenn Alles glatt geht. Früher waren die Arbeiter bei der Lohnauszahlung unter Dach, jetzt stehen sie auf dem Hofe. Die Auszahlung geschieht nun in folgender Weise. Der Arbeiter wird mit seiner Nummer, nicht Namen, aufgerufen, übergibt diese Nummer einem Beamten, empfängt sein Geld und muß nun sehen, daß er schnell fort kommt, damit er nicht von den hinten nachdrängenden getreten wird. Ein Nachzahlen des Geldes kann natürlich unter solchen Umständen nicht vorgenommen werden. Der Arbeiter muß also warten, bis Alles vorbei, und falls er dann eine Beschwerde anbringen will, so muß er noch „zwei glaubhafte Zeugen“ haben, sonst „ist nichts zu wollen“. Die letzte Lohnzahlung hat dann auch eine Menge Beschwerden zur Folge gehabt, die wieder viele Scheereereien und Unannehmlichkeiten mit den Vorgesetzten nach sich zogen. Wer nun z. B. der letzten Abtheilung angehört, und hat auch noch eine Beschwerde anzubringen, der kommt schließlich mit seinen beiden glaubwürdigen Zeugen gegen 10—11 Uhr Abends zu Hause. Wie soll da die Frau ihrer Aufgabe in der Wirtschaft gerecht werden? Solche Zustände sind doch dazu angethan, dem Menschen seine Arbeit zu verleidern, ihn mit Neger und Unlust zu erfüllen und in dieser Stimmung in das Wirtschaftshaus zu treiben.

„Die Zufriedenheit im Arbeiterstande wird sicher nicht gefördert mit solchen Einrichtungen. Die Anordnung soll vom

Herrn Minister selbst ausgehen. Zu wünschen wäre, der Herr Minister würde unerkannt einer solchen Lohnzahlung beiwohnen, er würde sicher (?) seine Verfügung aufheben und die früheren Zustände, mit welchen Alle zufrieden waren, wieder einführen.“

**Zum 1. Juli.**

Der 1. Juli 1895 bedeutet einen wichtigen Wendepunkt in der Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: an diesem Tage tritt das von der Magdeburger Generalversammlung in einigen wichtigen Punkten abgeänderte Statut in Kraft. Die einschneidendsten Änderungen sind: 1. Die Erhebung eines wöchentlichen Beitrags von 20  $\text{M}$ , dagegen Wegfall der regelmäßigen Extrasteuern von 10 und 15  $\text{M}$  pro Quartal; 2. Verlängerung der Karenzzeit zum Bezuge des Meißelgeldes auf ein Jahr; 3. Kürzung des Meißelgeldes für eine Tour von 20 auf 15 und für ein Jahr von 40 auf 30  $\text{M}$ .

Durch die Beitragserhöhung, welche mit 51 gegen 11 Stimmen votirt wurde, verläßt unser Verband endlich die bisher von den meisten deutschen Gewerkschaften zu ihrem Schaden gepflegte Tradition der niedrigen Beiträge.

Die große Mehrheit, welche auf der Generalversammlung für diese Beitragserhöhung stimmte, sowie der Umstand, daß nur in wenigen Orten sich eine Opposition dagegen regte, ist ein Beweis, daß allenthalben die Nothwendigkeit derselben begriffen wurde. Wohl wird es nicht ausbleiben, daß Einzelne, welche weniger aus Ueberzeugung, als wegen momentaner materieller Vortheile dem Verbande beigetreten sind, denselben den Rücken kehren. Die dadurch entstehenden Lücken werden jedoch in Folge reger Agitation nicht nur bald wieder ausgefüllt sein, wir werden eine noch größere Anzahl von Mitgliedern gewinnen.

Ist aber wegen der Beitragserhöhung das Ausreten auch nur eines Mitgliedes aus dem Verband mit irgend einem Schein von Gründen zu rechtfertigen? Wir sagen: Nein! Die Beitragserhöhung belastet das einzelne Mitglied pro Woche um 3  $\text{M}$  mehr, denn mit den Extrasteuern betrug die Leistung bisher auch schon 17  $\text{M}$ . Drei Pfennige werden also mehr beansprucht, beansprucht für den wichtigen Zweck, den die Gewerkschaften sich gestellt haben: Die Erämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Niemand wird im Ernste behaupten wollen, daß er wegen dieser 3  $\text{M}$  sich etwas an Lebensgenüssen versagen müsse. Wenn wir in Staat und Gesellschaft keine größeren Lasten zu tragen hätten, dann wäre es gut bestellt — der Beitrag für die Gewerkschaft dient aber gerade dazu, unsere Lebenshaltung nicht noch mehr herabdrücken zu lassen.

Ist also die Beitragserhöhung für den Einzelnen ohne Belang, so erhält doch in unserem Falle der Satz: „Viele Wenig machen ein Viel“ seine volle Geltung. Denn bei 30,000 regelmäßig zahlenden Mitgliedern ergibt sich daraus eine jährliche Mehreinnahme von 46,300  $\text{M}$ , welche der Hauptkasse zustehen können, die dadurch endlich aus der, unsern Verband nicht gerade reformandirenden, fortwährenden Geldverlegenheit befreit wird.

Ferner tritt durch die Beseitigung der Extramariken eine bedeutende Vereinfachung bei der Zentralverwaltung und den Lokalverwaltungen ein, die Beamten derselben werden von einer großen Arbeitslast befreit.

Sollen jedoch die finanziellen und administrativen Wirkungen bald eintreten, so ist es unbedingt nötig, daß die Mitglieder in der Beitragszahlung pünktlich sind und jetzt, beim Uebergang zu den neuen Beitragsbestimmungen, mit ihren

einmaligen Beitragsresten gründlich aufzuklären, damit die Verwaltungen nicht noch Monate lang neben den neuen Beitragsmarken die alten für die Nachzügler bereit halten müssen. An den Ortsverwaltungen selbst liegt es auch, daß sie bestrebt sind, die Reste so bald als möglich einzuziehen.

Ebenso wenig wie wir in der Beitrags-erhöhung einen Grund sehen, der den Austritt auch nur eines Mitgliedes rechtfertigt, können wir einen solchen in der Verlängerung der Karenzzeit zum Bezug des Reisegeldes sehen. Ja, hierin erst recht nicht! Denn für die unter der Wirksamkeit des alten Statuts Begetretenen gilt nicht die einjährige, sondern die halbjährige Karenzzeit. Andererseits aber stehen wir prinzipiell auf dem Standpunkt, daß, wer von einer Organisation Unterstützung heischt, auch erst eine längere Karenzzeit durchzumachen habe, wie sie bisher üblich war. Eine Kasse kann nur das von sich geben, was vorher in sie einbezahlt wurde. Klein auch bei einjähriger Karenzzeit zahlt der Betreffende nur 10 M 40 J ein, kann aber nach Verlauf dieser Frist 15 M auf einer Tour, in einem Jahre sogar 80 M an Reisegeld erheben, erhält also 19 M 80 J mehr als er einbezahlt hat. Es ist ja auch nicht der Metallarbeiter-Verband allein, der sich zur Herabsetzung der Bezugssumme genötigt sah, auch der Holzarbeiter-Verband mußte den gleichen Schritt thun.

Wir glauben im Vorstehenden darge-  
than zu haben, daß für Niemand ein Grund zur Verstimmung vorliegt. Und so hoffen wir, daß fortan wieder alle Genossen mit vermehrter Liebe und Lust für die Mehrung und Ausbreitung unseres Verbandes thätig sein werden. In dieser Zuversicht rufen wir ihnen zu:  
**Vorwärts!**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Im Laufe der verfloffenen Woche sind den Verwaltungen und Bevollmächtigten Einzelnungslisten für freiwillige Beiträge zur Unterstützung der streikenden Metallschlagger in Fürth und der Klempner in Königsberg i. Pr. zugegangen und ersuchen wir, etwa eingehende Beiträge umgehend nach hier einzusenden. Die Kontrolle über die Listen steht den Mitgliedern am Orte zu und sind die Listen auch nicht mehr an den Vorstand zurückzusenden. Vor der Ausgabe sind die Listen zu nummerieren und mit dem Ortsstempel zu versehen.

Hierdurch machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem 1. Juli d. J. das auf der 2. Generalversammlung in Magdeburg beschlossene Statut in Kraft tritt und bitten wir, dabei Folgendes zu beachten:

Diejenigen Mitglieder, die vor dem ersten Juli, also noch unter der Wirksamkeit des bisherigen Statuts in den Verband eingetreten sind, werden nach den Bestimmungen dieses Statuts vollberechtigt nach Ablauf von 6 Monaten, sodas der Endtermin für die auf die Karenzzeit bezügliche Wirksamkeit des jetzigen Statuts auf den 30. Dezember 1895 fällt. Alle vom 1. Juli ab und später bei oder übertretenden Mitglieder haben eine jährliche Karenzzeit und werden die unter dem geänderten Statut Beitretenden frühestens am 1. Juli 1896 vollberechtigte Mitglieder, während die nach dem 30. Juni von ausländischen Vereinen übertretenden Mitglieder genau 1 Jahr nach dem Beitrittstag in die ausländische Organisation in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen.

Alle übrigen Bestimmungen des Statuts, hauptsächlich die auf das Reisegeld bezüglichen, bitten wir, genau zu beachten und dafür Sorge zu tragen, daß kein Reisender auf einer Tour mehr als 15 und im Jahre mehr als 80 bezieht. Diejenigen Reisenden, die am Tage des Inkrafttretens des geänderten Statuts die eine oder die andere Summe bezogen haben, gehen nach den statistischen Bestimmungen für ausgestellt. Hinsichtlich der Beitragsleistung tritt am 1. Juli infolge einer Aenderung ein, als von diesem Tage ab unter Wegfall aller Extrabeiträge ein regulärer Beitrag von 20 J für die männlichen Mitglieder erhoben wird.

Wenn gleich nun zu erwarten steht, daß der Verband, entsprechend den höheren Leistungen seiner Mitglieder, die Leistungen an diese wird ebenfalls erhöhen können, so weisen wir darauf hin, daß diese Voraussetzung nur dann zutreffen kann, wenn alle Mitglieder ihren Pflichten voll und ganz nachkommen und nicht wieder in die bisherige Daulheit im Beitragszahlen verfallen, wodurch statt im Jahre 82 Wochenbeiträge nur 83-89 vom Verband eingenommen wurden. Gewöhne sich ein Jeder daran, pünktlich den fälligen Beitrag zu zahlen, sodas keine Reste entstehen, und die Beitragsleistung wird ihm keineswegs eine unerträgliche Last sein.

Eine weitere Aenderung des bisherigen Statutes tritt durch die neue Fassung des § 9 Abs. 2 des Statuts ein, indem zu künftigen Beitragsbefreiungen nicht mehr der Vorstand allein, sondern auch die Ortsverwaltungen berechtigt sind. Da aber über die Beitragsbefreiungen eine Kontrolle durch den Vorstand unbedingt geboten ist, wird diese dadurch ausgeübt, daß jede Woche, für die ein Beitragsvermerk festgestellt hat, durch Einsenden einer besonderen Karte im Mitgliedsbuch kenntlich gemacht wird. Die Ortsverwaltungen erhalten eine entsprechende Anzahl solcher Karten und sind verpflichtet, über diese wie über alle übrigen Verbandsmaterialien gewissenhaft Rechnung abzulegen.

In der verfloffenen Woche sind den Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten etc. brochirte Statuten (zum Hineinlegen in die Mitgliedsbücher, in welchen ältere, vom 1. Juli ab unguiltige Statuten enthalten sind), sowie Beitragsmarken à 20 J und Marken zur Bezeichnung der beitragsfreien Wochen zugegangen, und wollen diejenigen, die noch keine erhalten haben, umgehend reklamieren.

Sodann machen wir noch darauf aufmerksam, daß nach den verschiedenen landes-  
vereingesehlichen Bestimmungen die Einreichung eines geänderten Statuts innerhalb 8 Tagen (also spätestens bis zum 3. Juli) an die Ortspolizeibehörde erfolgen muß und wollen die Ortsverwaltungen genau darauf achten, daß keine Unterlassungen vorkommen.

Die Situation in den Streikgebieten ist noch immer unverändert. In Fürth stehen zur Zeit 260 männliche und 240 weibliche Arbeiter der Komposition- und Schlagmetallschlägerbranche aus und sind Streikbrecher noch nicht zu verzeichnen. — In Königsberg in Preußen befinden sich 95 Klempner im Ausstand. Obwohl dort die vereinigten Meister den Gehilfen die 10stündige Arbeitszeit, die Weiterzahlung des bisherigen Lohnes und für jede Ueberzeit- und Sonntagsarbeit einen Zuschlag von 10 J pro Stunde zugestanden halten, hielten sie sich nicht an die beiden letzten Zugeständnisse, sondern wollten den Arbeitern noch vom 1. Juli d. J. ab eine Werkstattordnung aufräumen. In beiden Branchen und an beiden Orten wird ein flottes Geschäftsgang konstatiert und läßt sich erwarten, sofern die nötige Unterstützung seitens der übrigen Metallarbeiter erfolgt, daß die Ausstände für die Arbeiter Erfolg haben werden.

Da nun bei der großen Zahl der Streikenden bedeutende Mittel notwendig sind, die Einwendung von Geldern seitens der Ortsverwaltungen aber leider nur spärlich erfolgt, bitten wir, alle am Orte momentan entbehrlichen Beträge umgehend an die Hauptkasse einzusenden.

Folgende Mitgliedsbücher sind unguiltig und aufzuhalten:

- Nr. 58918 des Klempners Philipp Sommer, geb. zu Steinbach i. d. Pfalz am 28. März 1856.
- 78860 des Kupferschmieds Paul Scheidemantel, geb. zu Klein-Nauenborn am 28. April 1876.

Ausgeschlossen worden nach § 8 Abs. 7a des Statuts auf Antrag der Verwaltungsstelle der Sektion der Schlosser in Nürnberg die nachfolgend aufgeführten Personen wegen Streikbruchs:

- Nr. 74830. Schlosser Joh. Arnold, geb. zu Wommelsbrunn am 27. Juli 1875.
- 108384. Schlosser Josef Wäumlcr, geb. zu Oberlind am 2. Jan. 1877.
- 108125. Maschinenschlosser Aug. Dörr, geb. zu Unterschwaning am 25. Jan. 1878.
- 105225. Schlosser Joh. Dorn, geb. zu Heuchling am 27. Januar 1877.
- 100678. Schlosser Erhard Grampp, geb. zu Hiegelshütte am 17. Febr. 1872.
- 105248. Schlosser Friedrich Haas, geb. zu Sibighshof bei Nürnberg am 10. Februar 1874.
- 105249. Schlosser Georg Häfner, geb. zu Sibighshof b. Nürnberg am 13. Januar 1874.
- 75991. Schlosser Max Desele, geb. zu Ober-  
eichstätt am 4. April 1862.

- 105218. Schlosser Konrad Hähnlein, geb. zu Wartenroth am 10. Nov. 1863.
- 105245. Polster Erhard Lenoir, geb. zu ? am 31. Dec. 1872.
- 105227. Schlosser Friedrich Binje, geb. zu Boppfingen am 1. Juni 1868.
- 108142. Radler Andr. Abbl, geb. zu Wiesberg am 20. Febr. 1865.
- 105244. Polster Konr. Woppmeyer, geb. zu Schönigling am 10. April 1870.
- 105241. Dreher Jakob Bied, geb. zu Ravensburg am 28. Januar 1872.
- 108238. Dreher Konr. Mupprecht, geb. zu Fürth am 27. April 1878.
- 75902. Polster Johann Schlereth, geb. zu Schweinfurt am 18. Juli 1869.
- 108128. Eisenbrecher Mich. Schuster, geb. zu Herzogenaurach am 2. Dec. 1870.
- ? 85508. Bronh. Epik, geb. zu ? am ? ?.
- 91884. Dreher Bronh. Staudinger, geb. zu Windshelm am 11. Febr. 1878.
- 108186. ? Peter Vormwald, geb. zu ? am ? ?.

Wieder aufgenommen in den Verband können werden der in Nr. 43 vor. Jg. des Verbandsorgans als ausgeklommen veröffentlichte Kupferschmied Hermann Schwärze, geb. zu Starzruhe am 20. Oktober 1874, und die in Nr. 42 vor. Jg. des Verbandsorgans unter gleichem Rubrik veröffentlichten Glaschne Johannes Gosser, geb. zu Ostmetzingen am 12. August 1871, und Ernst Wayer, geb. zu Hausen am 12. Januar 1869, sofern sie sich dem Verbandsstatut unterwerfen und ihre leitende Thätigkeit in der separaten Lokalorganisation aufgeben.

Von dem Buch Nr. 92616 ist der Inhaber nicht bekannt und wird derselbe oder die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten etc. ersucht, die genauen Personalien desselben umgehend nach hier anzugeben.

Alle für den Verband bestimmten Geld-  
sendungen sind nur an  
**Cyodor Mornev, Stuttgart,  
Nackstrasse 160, I.**

zu richten, und ist auf dem Postabschluß genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß  
**Der Vorstand.**

**Korrespondenzen.**

**Flensburg.** Am 5. Juni fand die gewöhnliche Monatsversammlung der Sektion der Klempner mit einer recht wichtigen Tagesordnung statt. Zu dieser Versammlung fanden sich denn auch — sage und schreibe — 8 Kollegen ein; man muß daher annehmen, daß die Flensburger Klempner noch nicht genug Ohreife durch die Unter-  
nehmer bekommen haben. Oder sind die empfangenen in der kurzen Spanne Zeit schon verquert? Während des Streiks war unter den Kollegen ein recht reges Streben; legt, wo er beendet ist, scheint das Interesse zur Sache wieder verloren zu sein. Wir rufen daher allen Kollegen nochmals zu: erscheint in den nächsten Versammlungen Mann für Mann, denn nur dann kann die Sektion etwas erringen. — Weiter wollen wir berichten, wie es kam, daß der Streik der Klempner verloren ging. Dem Herrn Meister gelang es nämlich, genügend Leute in die Fabrik zu bekommen und so die Plätze der Streikenden zu besetzen. Zweitens stellte sich die hiesige Polizeibehörde insofern auf die Seite der Unternehmer, als sie dafür sorgte, daß die Streikbrecher nicht „belästigt“ wurden, d. h. nicht angeklagt werden konnten. Diesen Kollegen wollen wir nur raten, in einem späteren ähnlichen Fall nicht so blindlings wieder auf Reisen zu gehen, wenn ihnen auch per Stunde 40-45 J in Aus-  
sicht gestellt werden. Sie scheinen es auch schon bereit zu haben, bis von Aue in Sachen hierher gekommen zu sein, denn sie müssen es erleben, daß sie weit hinter dem versprochenen Verdienst zurückbleiben. Wenn nun diese Klempner den Muth hätten, so müßten sie unverzüglich den Herrn Meister vor die Staatsanwaltschaft wegen Vor-  
piegelung falscher Thatfachen gittern. — Die nächste Mitgliederversammlung findet am 2. Juli im Gasthaus „Hohe Luft“ mit folgender Tagesordnung statt. 1. Wahl des Bevollmächtigten, 2. Abrechnung vom zweiten Quartal, 3. Berichterstattung vom Kartell.  
**Königsberg.** In Nr. 22 der „D. M.-Z.“ haben wir wohl über ein frohes Ereignis berichtet. Die Verhältnisse haben sich bei uns seit der Zeit aber sehr geändert. Die Meister hatten unsere damalige Forderung theilweise bewilligt, wir hatten uns damals auch damit zufrieden gegeben; nämlich mit der 10stündigen Arbeitszeit und Mehrbezahlung der Ueberstunden mit 10 J. Nachdem die Lohnkommission dieses von den Meistern schriftlich verlangte, verweigerten

sie dieses, sondern sagten: „Das kann jeder Meister mit seinem Gesellen selbst abmachen.“ Diesem konnten wir uns selbstverständlich nicht fügen. Es wurde daher in einer öffentlichen Versammlung beschlossen, unsere erste Forderung wieder aufzugeben und auch voll und ganz aufrecht zu erhalten. Dieses wurde ebenso wie die erste Forderung von den Meistern abgewiesen, und zwar mit der Begründung, daß sie sich mit einem Minimallohn von 80 J pro Stunde nicht einverstanden erklären können. In Folge dessen wurde in einer öffentlichen Versammlung von sämtlichen Kollegen beschlossen, die Arbeit niederzulegen, was mit dem heutigen Tage auch geschehen ist. Wir richten daher an alle Kollegen das bringende Ersuchen, uns in unserem Kampfe mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Stimmung ist hier ausgezeichnet, da die meisten der besseren Arbeiter sich im Ausstande befinden. Arbeit ist sehr viel vorhanden, und eruchen wir daher, den Bezug strengstens fern zu halten. G. Bartles, Klempner, Sachse Nr. 76, Königsberg i. Pr.

**Metall-Arbeiter.**

**Görlitz.** Am 10. Juni fand hier in der „Deutschen Reichshalle“ eine gutbesuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Ueber Zweck und Ziele der Arbeiterorganisations-  
sationen hatte das Referat an Stelle des am Erscheinen verhinderten Redakteurs Feldmann aus Dangenbleau Genosse Jahn aus Berlin übernommen. Nebenunterzog unsere heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse einer scharfen Kritik, indem er besonders zeigte, daß zwar die Sklaverei und Unselbstständigkeit des Alterthums und Mittelalters beendigt sei, aber der moderne Lohnsklaverei bedeutend rückwärts herabgefallen und ausgebeutet werde wie der ehemalige Sklave. Seit 2000 Jahren ist der Menschengeist rastlos fortgeschritten und hat Tausende von Maschinen zur Erleichterung und Vereinfachung der Arbeit erdacht. Aber obgleich das Menschenhirn dieses erdachte, beherrscht nicht etwa der Mensch die Maschine, sondern die Maschine den Menschen, wenigstens den Arbeiter. Statt daß die Maschine dem Arbeiter gestatten würde, nicht nur einzig der Arbeit leben zu müssen, ist sie zum Fluch für ihn geworden. Nebenher geht in Aussicht, hieran das Submissionswesen. Die außerordentliche Entwicklung der Technik und die Fortschritte auf allen Zweigen der Wissenschaft haben Klassenunterschiede gezeitigt, wie sie in der Geschichte bisher einzig dastehen. Nebenher bespricht nun in der eingehendsten Weise die Gewerkschaftsbewegung, wobei er auch die englischen Trades-Unions, besonders aber die deutschen Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine einer kritischen Betrachtung unterzieht. Die Arbeiterschaft habe von unserer heutigen Gesellschaft nichts zu hoffen. Die Befreiung der Arbeiter könne, wie Karl Marx schon vor mehr als 50 Jahren mit scharfem Blick erkannt, nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Es werde zwar immer gesagt: „Es hilft ja doch nichts, es wird nicht anders werden.“ Allein, die Geschichte unserer Zeit-  
epoche lehrt, daß, wenn auch unter großen Opfern und Kämpfen, politische und soziale Fortschritte errungen wurden. Nebenher schließt seine Ausführungen mit den Worten des Dichters: „Nur Der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß.“ In der sich anschließenden Diskussion ver-  
suchte ein Herr, dem Referenten entgegenzutreten und Propaganda für die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine zu machen, erntete aber für seine unfehligen Komik nur ironische Gelächter. Auch wurde derselbe von den Kollegen sowie vom Referenten gründlich gurechtgewiesen und darauf hingewiesen, daß die Gewerksvereine gut thäten, sich den Namen „Streikbrechervereine“ beizulegen. Die Kollegen von Görlitz und Um-  
gegend aber fordern wir auf, die Konsequenzen aus dem Referat des Genossen Jahn zu ziehen und Manu für Mann dem D. M.-Z. beizutreten, dann werden sich die hiesigen Verhältnisse auch bald in Bielew ändern.

**Grünberg i. Schl.** Am 18. Juni hielt die hiesige Filiale ihre regelmäßige Mit-  
gliederversammlung ab. Nachdem die Be-  
träge entrichtet waren, ließen sich acht Kol-  
legen aufnehmen. Nach Verlesung des Protokolls bemerkte Lenzel, daß künftig die in der Versammlung anwesenden Kol-  
legen gezählt und in's Protokoll eingetragen werden. — In den letzten Versammlungen ist es vorgekommen, daß einige Punkte der Tagesordnung wegen des schwachen Besuchs unerledigt blieben, weil mehrere Kollegen, welche anwesend waren, nur ihre Beiträge entrichteten, um dann schleunigst zu ver-  
husten. Kollegen, setzt Ihr nicht ein, daß Ihr bei „Wat“ eure Lage nie und nimmer verbessern könnt! Oder wolt Ihr bei den paar Pfennigen Lohn zu Grunde gehen? Darum, werket ab die Gleichgültigkeit und besucht die Versammlungen regelmäßig. Die nächste findet am 30. Juni Nachmittags 3 Uhr statt. — In letzter Zeit haben es zwei Kollegen versucht, trotz der strengen Kontrolle, welche über das „Soulenthal“



Offsee gleich sein. Die Bodenerhöhungen sind hier nicht, wie beim alten Eiderkanal, überfliegen, sondern durchschnitten. Die an beiden Endpunkten erbauten Schleusen haben nur den Zweck, den Kanal abzufüllen gegen die in der Elbe durch Ebbe und Fluth herbeigeführten Wasserstandsunterschiede wie gegen in der Ostsee durch andauernde Ostwinde herbeigeführte Hochfluthen. Durch die Schleusen wird der Wasserstand des Kanals stets im Minimum auf einer Tiefe von 8,5 Me er gehalten. In dem Zwecke brauchen die Schleusen durchaus nicht ständig geschlossen gehalten zu werden, wie bei fortgesetzter differirenden Wasserständen. Im Gegentheil wird an der Düsereimündung bei Holtzenau die Schanze nur bei abnormen Wasserstände in der Ostsee geschlossen, bei normalem stets geöffnet bleiben, so daß die Einfahrt jeder Zeit stattfinden kann. Gegen wird an der Einmündung des Kanals in die Elbe bei Brunsbüttel die Offenhaltung der Schleuse abhängig vom Wasserstand der Elbe. Um zu verhindern, daß das Schlamm mitfließende Elbwasser in den Kanal eintritt und den Kanal verlandet, müssen die Schleusenthore geschlossen werden, sobald die Fluth bei Brunsbüttel eintritt, und so lange geschlossen bleiben, bis das Niveau der Elbe wieder dem des Kanals gleichsteht. Ist dieser Zeitpunkt eingetreten, so werden die Thore geöffnet und während nun die Ebbe den Wasserpegel der Elbe noch um ca. 1/4 Meter weiter sinken läßt, strömt das Wasser aus dem Kanal in die Elbe hinein. Dieser Zeitraum umfaßt täglich zweimal 3—4 Stunden, während zweimal 3—4 Stunden die Schleusenthore geschlossen gehalten werden müssen.

Die während des zweimaligen 3—4 Stunden dauernden Offenhaltens der Schleusenthore aus dem Kanal in die Elbe abfließende Wassermenge wird auf täglich ca. 6—8 Millionen Kubikmeter geschätzt. Diese Wassermenge wird zum kleinen Theil von der Elbe und einigen kleinen Flüssen und Bächen, zum überwiegenden Theil von der Ostsee geliefert. Dieser Zustrom ist von ziviler Bedeutung für die Erhaltung der Schiffbarkeit des Kanals. Einmal dient er dazu, den Kanal vor dem Verschlammten zu bewahren und vor Allem die Einfahrt an der Elbe durch energische Spülung freizuhalten; dann aber schließt auch der Salzgehalt des aus der Ostsee kommenden Wassers den Kanal vor dem schnellen Einfrieren. Es kann wohl angenommen werden, daß durch diesen stets erneuten Zutritt des Ostseewassers der Kanal ebenso günstige Elbverhältnisse aufweisen wird, wie die Kieler Bucht, in welcher nur selten durch Zufrieren die Schifffahrt gehindert ist.

Während der zweimaligen 3—4 Stunden täglich, wo die Schleusenthore offen sind, können auch an der Einmündung in die Elbe die Schiffe frei ein- und ausfahren, während der übrigen Zeit nur unter Benutzung der Schleuse. Diese besteht aus zwei nebeneinander liegenden Kammern von je 160 Meter Länge und 25 Meter Breite. Sie können die größten Kriegsschiffe, deren Längs- und Breitenabmessungen 112 bzw. 22 Meter, bei 8 Meter Tiefgang betragen, aufnehmen, nicht aber die großen transatlantischen Schnelldampfer, welche eine Länge von 190 Meter und darüber aufweisen. Alle Handelschiffe bis zu 150 Meter Länge, 25 Meter Breite und 8,5 Meter Tiefgang werden dagegen den Kanal passieren können. Die rechte Schleusenkammer wird dabei für die Einfahrt, die linke für die Ausfahrt benutzt, doch können auch beide Kammern für gleichzeitiges Passiren zweier Schiffe in derselben Richtung Verwendung finden.

Vor der Schleuse bei Brunsbüttel liegt ein 100 Meter breiter Vorhafen, der den ein- und ausfahrenden Schiffen Schutz bietet gegen Wind und Strömung, und der in zwei bis zu 1/2 Fahrwasser der Elbe hinreichenden Wellenbrechern oder Molen ausläuft, auf deren abgerundeten Enden Leuchtthürme errichtet sind. An diese Molen schließen auf beiden Seiten die Elbedämme an. Gleich hinter der Brunsbütteler Schleuse bildet der Kanal den sogenannten Binnenhafen, der 500 Meter lang und 200 Meter breit ist. Auf aufgehohem Terrain befinden sich an den beiden Seiten desselben eine Reihe von Dienstgebäuden der Marine und der Kanalverwaltung, Magazine und Kohlenlagerplätze, Stegeplätze für Schlepddampfer und Bagger etc.

Der Lauf des Kanals durchzieht zunächst die holsteinische Mark und in sechs Kilometer Entfernung von Brunsbüttel kreuzt er die schleswig-holsteinische Mark, die auf einer Drehbrücke über den Kanal hinweggeführt wird. Die Öffnung der Brücke ohne Gefahr passieren können. Eine für den Kanalbau schwierige Strecke war die zwischen der Mark und dem schleswig-holsteinischen Landstrich liegende Moorregion. Hier mußten, eine feste Wand für den Kanal zu gewinnen, ungeheure Sanbauschüttungen gemacht werden, die allmählich in das Moor einsanken und sich auf der Thongrundlage

desselben festlegten, so daß das Kanalbett ausgehöhlet werden konnte ohne Nachrutschen des angrenzenden Moorbodens. Diese Sandbauschüttungen wurden weiter durch Einrammen ungezapelter Baumstämme weiter befestigt. In dieser Moorregion befindet sich auch bei dem Dorfe Ostermoor, nachdem der Kanal den Rudenser paß hat, die erste Answelchestelle, deren der Kanal im Ganzen sechs zählt. Es sind Erweiterungen des Kanalbettes auf 100 Meter Spiegelbreite, bestimmt, großen Schiffen das Vorbeifahren aneinander zu ermöglichen. Kleinere und mittlere können auch im Kanallauf selbst einander ausweichen.

Der schleswig-holsteinische Landstrich hat einen gewaltigen Einschnitt erfahren müssen, um das Kanalbett hindurchzulegen. Diese Erdmengen mußten von der Stelle geschafft werden, da die Dämme des Einschnitts bis 22 Meter über den Wasserpegel emporragen und der Einschnitt am oberen Rande entsprechend breit angelegt werden mußte, um nicht durch stete Ufer ein Nachrutschen herbeizuführen. Bei Grünthal, wo für die Ueberführung der Eisenbahn Neumünster-Heide über den Kanal eine feste Brücke gebaut ist, ein Wunderwerk der Brückenbaukunst, beträgt die obere Wette des Einschnitts 168,5 Meter. Die Brücke überspannt ihn in einem einzigen flachen Bogen, der etwa zehn Meter über die Fahrbahn hinausragt, während die Stützpunkte ca. 19 Meter unter der Fahrbahn liegen. Diese selbst befindet sich 42 Meter hoch über dem Wasserpegel des Kanals, so daß die höchsten Schiffe mit voller Takelung unterdurchfahren können. Vor der Zugang zur Fahrbahn, über welche gleichzeitlich die Chauffee von Ikehoe nach Heide führt, zu ermöglichen, wurden an beiden Seiten gewaltige Dammbauschüttungen ausgeführt werden, die allmählich in die natürliche Terranhöhe ablaufen.

Von Grünthal aus nimmt der Kanal, der bis hierher fast eine nördliche Richtung verfolgte — mit Ausnahme des südlichsten Theiles, der nördlich läuft, um den spitzigen Winkel zur Einmündung in die Elbe zu gewinnen — mit einem großen Bogen die Richtung nach Nordost und folgt auf der zweiten Hälfte des nunmehrigen Weges bis Nendsbürg auf eine Strecke von 22 Kilometern dem Lauf der Eider in einem Abstand von 1—2 Kilometern. Eine kurze Strecke trennt ihn von der Eider nur ein Deich.

Bei Nendsbürg führen drei Drehbrücken über den Kanal, eine für die Chauffee, die anderen beiden für die Eisenbahn Neumünster-Nendsbürg. Durch die Anlage der zwei Brücken ist die Gewähr gegeben, den Eisenbahnverkehr stets anrecht erhalten zu können, selbst wenn einmal eine der Brücken beschädigt werden sollte. Auch hier ist die Wette des Durchfahrtraumes bei Öffnung der Brücke 60 Meter. Der Kanal passiert dann den kleinen Saalfsee und den Audorfer See, durch welchen auch der alte Eiderkanal ging. Die alte Verbindung von hier mit der Eider besteht auch heute noch und ist wesentlich verbessert worden. Es können jetzt Schiffe bis zu 5 Meter Tiefgang auf diesem Verbindungswege zur Eider und durch dieselbe in die Nordsee gelangen.

Der Audorfer und der Schirnauer See bilden auf ca. 6 Kilometer Länge eine natürliche breite Answelchestelle für die Schiffe. Auf der letzten Strecke bis zur Kieler Bucht fällt der neue Kanal in vergrößerten Dimensionen und unter Abschneidung von vielen Krümmungen mit dem Zuge des alten Eiderkanals zusammen und durchschneidet weiterhin den Flemmhuder See, durch welchen die Eider von Eiden in den Kanal eintritt. Da das Niveau des Kanals auf dieser Strecke bis zu sieben Metern tiefer liegt als der alte Kanal, so ist in den Eren der Wasserpegel um ebensoviel niedriger geworden, wodurch u. A. auch die Stadträben Nendsbürgs ihr Wasser einbüßten, wofür die Stadt eine Entschädigungssumme erhielt. Die Eider tritt in Folge des Zurücktretens des Wasserpegels im Flemmhuder See mit 7 Meter Fall in diesen ein. Die dadurch gewonnene Wasserkraft wird als Triebkraft für die elektrische Beleuchtung des Kanals verwendet.

Auf dem halben Wege vom Flemmhuder See bis Holtzenau führt bei Levensau abermals eine feste Brücke über den Kanal, die in ähnlicher Weise konstruirt ist wie die Grünthaler Brücke. Auch hier laufen die Chauffee und die Eisenbahn Kiel-Grünthorbe gemeinsam über die Brücke. Diese selbst bietet einen wunderbaren Ausblick in das umliegende Terrain und die Kieler Bucht.

Im Osten läuft der Kanal bei Holtzenau in ebensolche Schleusen aus wie bei Brunsbüttel, nur werden die Holtzenauer weniger benutzt werden, weil sie die meiste Zeit des Jahres, so lange der Wasserstand der Ostsee normal ist, offen bleiben. Auch in Holtzenau haben sich Vorhafen und Binnenhafen, wie an der Elbe.

Der Verkehr über den Kanal wird außer den sechs eiserne Brücken, die vier Eisen-

bahnlinien und drei Chauffeen überfließen, durch 12 Jähren vermittelt, die auch Luftschiffwerke übersehen können.

In Holtzenau befindet sich auch ein „Kanal-Museum“, welches außer den Plänen und Zeichnungen für die Kanalbauten die Funde enthält, welche bei den Erbauungsarbeiten gemacht wurden. Besonders ausgiebig war die Ausbeute in solchen Dingen freilich nicht.

Es ist ein großes Stück moderner Kulturarbeit, welches im Bau des Kanals geleistet worden ist. Aber die freilich kulturellen, die er leisten soll, sind nicht allein entscheidend gewesen für die Inangriffnahme dieser Schöpfung. Der karger und ungelehrtere Verbindungsweg für die Kriegsschiffe in der Nord- und Ostsee hat ir machgebenden Anreiz den Ausschlag gegeben. Hoffen wir jedoch, daß die neue Wasserstraße auf lange, möglichst auf immer, nur den freilichlichen Verkehr zwischen den beiden nördlichen Meeren vermitteln möge.

**Gerichts-Zeitung.**

Vor einigen Wochen wurde der frühere Vertrauensmann des Frankfurter Gewerkschaftskartells unter der Beschildigung, die Statuten des „Vereins“ (welche gar nicht vorhanden sind) nicht eingereicht zu haben, vom Frankfurter Schöffengerichte zu 25 M Geldstrafe verurtheilt, von der Anklage jedoch, daß das Kartell politische Gegenstände erörtert und dabei Frauen im Vereine zugelassen habe, freigesprochen, da nicht nachgewiesen sei, daß politische Gegenstände erörtert worden. Wegen des Urtheils hatte sowohl der Angeklagte wie der Staatsanwalt Berufung eingelegt, aber welche kürzlich in der Strafkammer verhandelt wurde. Der Staatsanwalt beantragte, das freisprechende Erkenntnis aufzuheben, da kein Zweifel bestehe, daß das Kartell ein politisches Verein sei. Der Zweck desselben gehe aus einer Resolution hervor, in welcher von der Wahrung der Interessen der Arbeiterkraft sowohl gegenüber dem Staat als den Arbeitgebern die Rede sei. Diese Resolution sei gleichsam als Statut anzusehen. Das Gericht bestätigte den ersten Theil des Urtheils betreffs der Nichterreichung der Statuten, hob dagegen den freisprechenden Entschluß auf und verurtheilte den Angeklagten zu weiteren 25 M Geldstrafe. Es komme nicht darauf an, ob politische Gegenstände wirklich erörtert worden seien, sondern auf den Zweck der Vereinigung. Was dieselbe bezwecke, gehe aus der Resolution hervor, in welcher vom Staate die Rede sei, womit die politische Tendenz erwiesen wäre.

**Aus dem Reichsversicherungsamt.** Das Reichsversicherungsamt benannte sieben einen interessanten Rechtsstreit, welchen die Hinterbliebenen eines Eisenbahnarbeiters Bippel gegen den Eisenbahnfiskus begonnen hatten. Die Eisenbahnverwaltung hatte sich im Jahre 1889 an einer Ausstellung von Unfallverhütungsvorrichtungen im Berliner Ausstellungsparke beteiligt und daselbst mehrere Arbeiter beschäftigt. Zu ihnen gehörte auch Bippel, welchem eines Tages ein Stein von einem Bau auf den Kopf fiel, als er mit einem anderen Arbeiter nach einem Brunnen ging, um Wasser zu trinken. Mehrere Jahre nach dem Unfall brach bei Bippel Wuth aus, er mußte nach einer Irrenanstalt gebracht werden, wo er bald den Geist aufgab. Die Wittve verlangte nunmehr vom Eisenbahnfiskus die Zuzahlung einer Rente und machte geltend, ihr Mann habe im Betriebe des Fiskus einen Unfall erlitten, welcher nach und nach zum Tode geführt habe. Die Aerzte der Irrenanstalt gaben ihr Gutachten dahin ab, daß Bippel zweifellos durch den Unfall wahnsinnig geworden sei und seinen Tod gefunden habe; trotzdem lehnte der Fiskus jede Entschädigung ab, da ein Betriebsunfall nicht vorliege. Gegen den ablehnenden Bescheid des Fiskus legte die Wittve Berufung beim Schiedsgericht ein und beantragte, den Fiskus zur Rentenzahlung verurtheilt zu werden. Das Schiedsgericht wies aber die Berufung als unbegründet zurück, da Bippel nicht im Betriebe beschäftigt war, als er nach dem Brunnen ging, um dort Wasser zu trinken; Bippel sei bei einer Privatthätigkeit und nicht bei einer Betriebsthätigkeit zu Schaden gekommen. Nunmehr ergriß die Wittve das Rechtsmittel des Recurses an das Reichs-Vericherungsamt, welches nach umfangreichen Ermittlungen die Entscheidung des Schiedsgerichts als unzutreffend aufhob und der klagenden Wittve die erstere Rente zusprach, da anzunehmen sei, daß der Chemann der Klägerin in Folge eines Betriebsunfalls seinen Tod gefunden habe.

Ob er im versicherungspflichtigen technischen Theile seines Betriebes verunglückte, oder ob das Unglück, vom Pferde geschlagen zu werden, nur mit dem kaufmännischen Theile desselben im Zusammenhang stand, das war die Frage, von deren Entscheidung es abhängt, ob dem Reumpner- und Dachbedeckmeister Gobe eine Unfallrente zuge-

sprochen war oder nicht. Gobe hatte ein Inspektionsloos „über Land“ unterzommen, wobei er sein eigenes Gefährt benutzte. Nachdem er in einer anderen Ortschaft ein Dach ob der daran vorgenommenen Arbeiten geprüft hatte, war er in Dreiebsburg bei dem Gasthofbesitzer Oply eingelehrt, um sich dort ev. neuer Aufträge zu verschern. An seinen Wagen wurde Oply gelassen, passirte ihm das Malheur, von seinem Pferde geschlagen zu werden. Mit einem Rentenanspruch hatte er bei den ersten Instanzen kein Glück, sowohl von der Schlesisch-Posen'schen Bauwerks-Versicherungsgesellschaft wie auch von deren Schiedsgericht wurde er zurückgewiesen. Man nahm an, der Kläger habe sich im kaufmännischen Theile seines Betriebes befunden, als er sich zu Oply begab und von demselben kam. Kläger bestritt das in der Begründung des Rekurses, den er beim Reichs-Vericherungsamte erhob. Er meinte, der Unfall stehe wohl im Zusammenhange mit der Beschäftigung des fraglichen Daches, im Uebrigen habe er auch im Oply'schen Gasthof sich in technischer Beziehung beschäftigt, wo er mehrere Lampen auf ihre etwaige Reparaturbedürftigkeit hin untersucht habe. Die Berufungsgesellschaft antwortete darauf mit den Einwürfen, daß erstens der Rekurs verspätet eingereicht sei und daß zweitens der Kläger bei ihr, der Bauwerks-Versicherungsgesellschaft, nicht gegen Unfallgefahren versichert sei, die lediglich aus der Benutzung von Pferd und Wagen entspringen. Gegen die thatsächlichen Angaben Gobe's hatte die Versicherungsgesellschaft nichts einzuwenden. Das Reichs-Vericherungsamte verurtheilte im Gegensaße zum Schiedsgericht die Berufungsgesellschaft, den Kläger zu entschädigen. Der Einwand der Verspätung war nicht durchgreifend, denn Kläger vermochte nachzuweisen, daß ihn und seinen Rechtsanwalt am verspäteten Einlaufen des Rekursantrages keine Schuld treffe. Bezüglich der Sache selbst war das Gericht der Meinung, daß der Kläger thatsächlich auch bei Oply wie bei der Rückkehr zum Wagen sich im versicherungspflichtigen Theile seines Dachbedeck- und Reumpnerbetriebes befand und daß die Benutzung des Wagens ihn durchaus nicht in Gefahren brachte, die mit dem Betriebe nichts zu thun hatten. Das Gericht nahm hierbei auf die besonderen Umstände Bezug, die mit der Dachbedeckel und Reumpnerlei in Landbezirken verbunden sind und welche die Benutzung von Pferd und Wagen eventuell, wie im vorliegenden Falle, bedingen.

**Das Velociped, ein Betriebsgeräth für — Schornsteinfeger.** Der Schornsteinfegergeselle Müller fuhr im Mai v. J. auf einem Velociped mit seinem Meister über Land, um Schornsteine zu segeln. Auf der Rückkehr nach dem Wohnort des Meisters erlitt Müller mit seinem Zweirad einen Unfall und verletzte sich dabei erheblich den linken Fuß. Den Anspruch des Verletzten auf Rente lehnte aber die Schornsteinfeger-Versicherungsgesellschaft ab, da ein Betriebsunfall nicht vorliege; Schornsteinfeger hätten mit Velocipeds absolut nichts zu thun, sie könnten ihre Wege zu Fuß zurücklegen. Das Schiedsgericht verurtheilte aber die Berufungsgesellschaft zur Rentenzahlung und nahm einen Betriebsunfall als gegeben an. Velocipeds seien jetzt sehr gebräuchliche Verkehrsmittel; hierzu komme, daß der Verletzte im Auftrage seines Meisters handelte; selbst wenn der Verletzte sachrätig gehandelt habe, so sei dieser Umstand nicht geeignet, dem Kläger die Rente zu verweigern. Gegen diese Entscheidung legte die Berufungsgesellschaft Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein und machte geltend, daß sich der Kläger einer Gefahr ausgesetzt habe, die dem Schornsteinfegerbetriebe ganz fremd sei. Das Reichsversicherungsamt wies aber den Rekurs der Versicherungsgesellschaft zurück, da das Velociped in Folge der Anordnung des Meisters Betriebsgeräth geworden. Um nicht ungehorsam zu sein, mußte der Kläger das Velociped benutzen; sonst wäre er vielleicht wegen Ungehorsams entlassen worden.

**Vermischtes.**

**Aus Frankreich.** Die Lage der Metall-Industrie in Frankreich. Wir lesen im französischen Fachblatt „L'Union des ouvriers Mecaniciens“: Gegenwärtig gibt es bei den Eisen- und Kupferformern wenig Arbeitslose. Im Nord- und Ostfrankreich ist die Eisen- und Stahl-Industrie von der bisherigen Depression. In Haute-Marne erhält sich die Produktion auf der bisherigen Höhe, aber der Absatz wird immer geringer und die Preise sinken. Im Loire-Departement ist der Zustand noch fortwährend unglücklich. Die Preise sinken um 15—20 Proz. Es gab da während dieses Jahres schon wiederholt partielle Arbeitseinstellungen und 6—7000 Arbeiter wurden arbeitslos. — In der Branche der Wassermotoren gibt es viele Arbeitslose. Vom Loire-Departement berichtet man von einem Wachsuhm in der Erzeugung elektrischer Maschinen und Fahrrädern. In den Wäffler Hüftenwerken ist die Lage sehr traurig; 100—125 Arbeiter

wurden in der ersten Hälfte des März und 100 in der anderen Hälfte entlassen. — Im Weyron-Departement hat die Gesellschaft Commodity-Purchasebank ein neues Aktienwerk und eine Stahlwarenfabrik in D. ca. geübt. Die Erzeugung und der Absatz sind nicht groß. — Es gab übrigens auf den meisten Gebieten geringe Betriebsfähigkeit, nur die Produktion der landwirtschaftlichen Maschinen nimmt an Umfang zu. Auch die Gas- und Petroleumwerke haben sehr mehr Beschäftigung, als dies im Winter der Fall war. Die Hüttenwerke von Vinnich, wo der Absatz während des vorigen Jahres sehr gering war, haben in der letzten Zeit einen Aufschwung zu verzeichnen. Die Preise bleiben aber niedrig, und es gibt hier noch viele Arbeitslose. Im Eure-Departement ist die Eisenwarenerzeugung im Aufschwung, die Beschäftigung in den Hütten ist aber gering. Die Preise sind niedrig, und die Arbeitslosigkeit ist in der Kupferwarenerzeugung ist die Produktion schwach, und die Preise sinken täglich. In Calcutta-Magazine gibt es bei den Kupferhämern und Schiffbauern 10—15 Proz. Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit wurde außerdem verlängert.

Die Jahresrechnung für 1894 des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Lebergalanteriewarenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ergibt 20,927,60 Einnahmen und 12,070,15 Ausgaben. Am 1. Januar 1894 betrug der Kassenbestand der Verbandskasse 18,877,52 und am 1. Januar 1895 hatte sich derselbe auf 20,894,46 erhöht. Die den Mitgliedern unentgeltlich gelieferte „Buchbinders-Zeitung“ erforderte nach Abzug der Einnahmen 4584,11. Für Reiseunterstützung wurden 8914,57, für Arbeitslosenunterstützung 1894, für Gewerkschaften 95,50, für Rechtschutz 212,68 und für die Agitation und Porto 928,76 aus der Verbandskasse verausgabt. Die Mitgliedschaften konnten von den Beiträgen 5322,79 für lokale Ausgaben verwenden. Am Schlusse des Jahres 1894 waren 8088 männliche und 452 weibliche Mitglieder als Beitragsleistend zu verzeichnen.

Der Gesamtverband der verschiedenen Arbeitervereine in Deutschland umfaßt zur Zeit gegen 44,000 Mitglieder. Davon entfallen auf den Verband in Rheinland und Westfalen 26,000, in Mitteldeutschland 6628, in Baden 2127, in der Rheinpfalz 1748, in Württemberg 1728, im Mittelrhein 1440, im Hessischen 1007 und auf 19 Einzelvereine 5887 Mitglieder. Außerhalb des Gesamtverbandes bestehen in Rheinland-Westfalen noch 49 Vereine mit zusammen 12,274 Mitgliedern und im übrigen Deutschland außer dem Reichsverband Bayern, noch 42 Vereine mit 6808 Mitgliedern. Aus Bayern werden 58 Vereine mit etwa 12,000 Mitgliedern aufgeführt. Die katholischen Gewerkschaften bilden eine ähnliche Mitgliederzahl aufweisen, während die kirchlichen Gewerkschaften zu 60,000 Mitglieder haben. Diesem durchschossen aus den bürgerlichen Parteien bilden diese „Arbeiter“-Organisationen einen Keil, der von der herrschenden Klasse nach dem Grundsatz „Theile und herrsche“ in die Arbeiterbewegung getrieben wird, um ein geeintes Zusammengehen hintanzuhalten.

Der sozialistische Eifer der württembergischen Demokraten ist sehr schnell erkalte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Klotz und Lafer hatten zu dem Passus des Entwurfs der Adresskommission, der die Ausgestaltung der Gewerbeinspektion betrifft, eine Reihe von Anträgen gestellt: Die Gewerbeinspektoren mit größeren Machtbefugnissen zu versehen und die Inspektion auf die handwerksmäßigen Betriebe ausdehnen, für die Kesselschreiber besondere Bediente zu anstellen, Landwirtschaftsinspektoren zu ernennen, eine Zentralstelle für Arbeitsangelegenheiten, ferner Arbeiterkammern und Arbeitersekretäre einzuführen. Die sozialistische Kommission der württembergischen Kammer hat alle diese Anträge abgelehnt.

Das Hamburger Gewerkschaftshaus hat über die Zeit seines Bestehens von 1891 bis 1894 einen Bericht in Broschürenform herausgegeben, woraus sich ergibt, daß — wie wir dem Hamburger „Echo“ entnehmen — nur wenige Gewerkschaften Hamburgs seit 1891 ihre Mitgliederzahl nennenswert vergrößert haben. „Die große Mehrzahl“, sagt das „Echo“, „zielt einen geraden oder rückwärtigen Rückgang. So ist z. B. die Gewerkschaft der Schneider von 1200 Mitgliedern in 1891 auf 450 in 1894 zurückgegangen, die Plauerergewerkschaft gar von 8000 auf 450, die Zimmerer von 1400 auf 586, die Metallarbeiter von 1570 auf 648. Und so geht es weiter. Allerdings ist wohl die wirtschaftliche Depression zu einem guten Theil mit Ursache an dieser beklagenswerthen Erscheinung, aber noch verschiedene andere Gründe wirken mit. Trotz der wahrhaftig genugsam betriebenen öffentlichen

Agitation ist es nicht gelungen, die Indolenz und Indifferenz einer großen Zahl der Arbeiter zu überwinden. Hier scheint wirklich die erforderliche und unsere Gewerkschaften wirksamste Nachhilfe, die Agitation von Mund zu Mund, viel zu wenig geliebt zu werden. Inwiefern auch noch andere Faktoren mitspielen, wollen wir nicht untersuchen. Doch hoffen wir, daß der Verzicht Anlaß zu ernstem Nachdenken geben wird und daß ohne Vorzeichenmühsal an die Erforschung der Ursachen des Darlebens liegens der Gewerkschaften gegangen wird. Mit den oft sehr einseitig gehaltenen Kritiken allein ist es nicht gethan; müssen die gewählten Leiter der Gewerkschaftsbewegung auch untersuchen, ob nicht in den Gewerkschaften selbst und in ihrer Gesamtheit, eben dem Kartell, Mängel vorhanden sind, die Schaden bringen.“

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, S. P. W. Die 1. Verlags) ist soeben das 18. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Prozeß Meilage. — Wissenschaft, Kunst, Religion. Von Charles Bonnier. (Schluß). — Die Drainage und die Drainage-Arbeiter. Von Dr. G. — Die Entwicklung Humantens in der neueren Zeit. Von S. Brankeanu-Roman. — Litterarisches Rundschau. — Notizen: Brennstoff-Memoren. Von F. Mehlring. — Feuilleton: Germinie Lacerteux. Von Edmond und Jules de Goncourt. Einzige autorisierte Uebersetzung von Emma Adler. (Fortsetzung.)

Der Sozialdemokrat, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Credition in Berlin SW, Deuthstraße 8). Die Nr. 25 vom 30. Juni hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Die „Kreuz-Zeitung“ und das allgemeine Wahlrecht. — Wahlmöglichkeiten aus Italien. — Aus Pommern. — Die Stillschließung auf dem Banke. — Parteinachrichten. — Todtenliste. — Litterarisches. — Polizei und preussische Eisenbahnverwaltung. — Paragraph 180. — Die Landtagswahlen in Sachsen. — Reichthum und Armuth in England. — Ueber die Lage der Biegearbeiter in Vemberg (Walzgen). — Einiges aus der Handshührrauche. — Zwei Geister. — Der Nordostseeanal. — Arbeiterorganisationen. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Vermischtes. Vergeltung des französischen Parteipresse.

Von dem bekannten Werke August Bebel's, „Die Frau und der Sozialismus“, ist die 25. Auflage (Zubläumen-Ausgabe) mit der Ausgabe des 10. Heftes soeben komplet geworden. Die 25. Auflage ist um ein Fünftel des Umfangs der früheren Auflagen vermehrt worden, ohne daß dadurch eine Preisverhöhung eingetreten ist. Der Preis des kompletten Buches ist broschirt 2, gebunden 2,50. Auch kann das Werk nach wie vor durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur in 10 Heften à 20 S bezogen werden.

Verbands-Anzeigen.

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

Altona. (Allg.) Montag, den 1. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Meier. — Adressen: Bevollmächtigter: Paul Schulz, Schulterblatt 60, Hs. 5, l. r., St. Pauli; Kassirer: Fr. Meier, Klosterstr. 88, l. Otensen.

Darmstadt. Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 3. Samstag im Monat Abds. 9 Uhr, im Vereinslokal, Schloßg. 27, statt. Nächste 6. Juli. — Die reisenden Kollegen ersuchen wir, bei Quartalskongress ihren Verpflichtungen nachzukommen, da am 1. Juli das neue Statut in Kraft tritt und wir gewungen sind, dasselbe strenger zu handhaben.

Bergedorf. Sonnabend, 6. Juli, Abds. punkt 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in „Stadt Schwerin“. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Begien aus Hamburg.

Bödingen. Samstag, 29. Juni, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zur „Sonne“.

Hensburg. Dienstag, 2. Juli, im Gasth. „Höhe Luft“, Mitglieder-Versammlung.

Hensburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 2. Juli, Monatsversammlung im Vereinslokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Frankenthal. Sonntag, den 30. Juni, Vormittags halb 11 Uhr, im Lokal Magin, Kanalstraße, Mitglieder-Versammlung. Berichterstatter der Delegirten von der Konferenz in Neustadt. Wahl eines Agitationskomitees für die Pfalz.

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 29. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im Saale zum

„grünen Wald“, Alkerhellenstr. 26b im Hof, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Schreiber.

Greß. Freitag, 5. Juli, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Becker's Restaurant, Wabstr. — Sonntag, 7. Juli, Partie nach Wankensborsdorf. Abmarsch punkt 7 Uhr vom Vereinslokal.

Greß. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ kann für Anbachtal jede Woche bei J. Felsel abgeholt werden. — Die Bibliotheksbücher sind bei Vermeidung von Unannehmlichkeiten wieder regelmäßig abzuliefern.

Hamburg. (Sektion der Selbgleicher, Güller etc.) Mittwoch, 8. Juli, Abds. halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Köpcke'sche Str. 8—7, Mitglieder-Versammlung. Beibehaltung der 10 S-Gitarren.

Hellbrunn. Samstag, 29. Juni, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung (Sokal: „Mise“).

Havlaruhe. Samstag, 29. Juni, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Kaludach. — Einzelne Mitglieder zum Ausflug nach Pforzheim liegen beim Bibliothekar auf. Bei demselben wird auch das Fahrgebl. 1,10, einbezahlt.

Leer. Sonnabend, 8. Juli, Mitglieder-Versammlung. Mitgliedsbücher sind zur Revision mitzubringen. — Reisende Beiträge sind zu entrichten.

Linden. Sonntag, 30. Juni, Sommerfest in der „Neuen Welt“ (G. Becker), bestehend in Gartenkonzert, Kinderbelustigungen und Ball. — Montag, 1. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Holländer“.

Luckenwals. Sonnabend, 29. Juni, Mitglieder-Versammlung bei Wittwe Schilke. — Wegen Abschluß des 2. Quartals müssen sämtliche Mitgliedsbücher zur Stelle sein.

Ludwigsburg. Samstag, 29. Juni, Mitglieder-Versammlung im „Grünen Baum“. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Mirßen. Jeden Sonntag Vormittags von 10 Uhr an Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder in Keller's Restaurant, Fährmannstraße. Auch sind die Mitgliedsbücher wegen Kontrolle dafelbst abzugeben. Die reisenden Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge bis zum 1. Juli zu entrichten.

Muselwitz. Sonnabend, 29. Juni, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Wahl eines Bevollmächtigten und Wahl eines Mitgliedes zum Gewerkschaftskartell.

Nennmark t. V. Sonnabend, 6. Juli, Mitglieder-Versammlung in d. „Wähle“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Nennmühlen. Am 29. Juni, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Chr. Frick. Unser Stiftungsfest. Beschwerden gegen die organisierten Kollegen auf Sowald's Werken.

Nürnberg. (Sektion der Klempner-Judisfrie.) Montag, den 8. Juli, Abends 8 Uhr, Verwaltungssitzung. — Hierauf ordentliche Mitglieder-Versammlung. U. A.: Werkstättenangelegenheiten.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 6. Juli, Abends halb 9 Uhr, im „Zammerthal“, Mitglieder-Versammlung.

Pforzheim. Montag, 1. Juli, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „goldenen Löwen“. Besprechung des Antrages der unliebsenden Verwaltungen. Wahl eines Delegirten zum Gewerkschaftskartell. — Die Restanten wollen ihren Verpflichtungen ungesäumt nachkommen. — Zur Beteiligung am Stiftungsfest der Schuhmacher in Dillstein (Gasthaus zur „Rose“) am 30. Juni wird eingeladen.

Plauen i. V. Sonnabend, 29. Juni, Versammlung im „Deutschen Hof“.

Regensburg. Die auf den 6. Juli anberaumte Mitglieder-Versammlung findet wegen der stattgehabten Lokalveränderung im „Mümler'sch“ unter den Schwibbögen Abends 8 Uhr statt. — Den reisenden Kollegen hiermit zur Kenntniß, daß die Reiseunterstützung vom 6. Juli ab im Gasthaus zum „Blauen Ficht“ Abends von 6 bis halb 7 Uhr, Sonn- und Feiertags Mittags von 11—12 Uhr ausbezahlt wird.

Reutlingen. Samstag, 7. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Monatsversammlung im „Gerberthor“. — Die rückständigen Mitglieder werden ersucht, ihren Verpflichtungen besser nachzukommen.

Schwelm. Samstag, 29. Juni, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei G. Müller. — Mitglieder, welche noch Beiträge rückständig sind, werden ersucht, dieselben sofort zu begleichen.

Spandau. Jeden Dienstag nach dem 8. und 23. eines Monats Versammlung bei Habbe, Neumelsterstr. 5.

Wurzen. Den reisenden Verbandsmitgliedern zur Nachricht, daß das Reisegebl vom 1. Juli ab beim Bevollmächtigten Kob. Müller, Querstr. 17, l. r. ausbezahlt wird.

Weihnachts a. S. Sonnabend, 29. Juni, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Centralhalle“. — Adressen: Paul Starke, Bevolmächt., Schützenstr. 23; Otto Krosch, Kassirer, Weipzigerstr. 62. Mittau. Dienstag, 9. Juli, Abds. halb 9 Uhr, Abends 8 Uhr in Hermann's Restaurant, Anker-Opfenerstr. Mitgliedsbücher und entlehene Bücher aus der Bibliothek sind mitzubringen.

Oeffentl. Versammlungen.

Werdau i. S. Die für nächsten Sonntag beabsichtigte öffentliche Versammlung kann nicht stattfinden, da der betreffende Referent nicht erscheinen kann.

Anzeigen.

Suche sofort einen thätigen Feilenhauer auf dauernde Arbeit. O. Fr. Wiesenmann, Abergüne b. Herlorn. Gesucht sehr thätiger Feilenhauer auf große Arbeit, oder Schlichthauer. Hamburger Larif. Dauernde Arbeit. Meier Feilenfabr. u. Dampfschleiferei Julius Buchholz.

Der Klempner Paul Weigel aus Offenburg wolle umgehend seine Adresse angeben, da Briefe für ihn angekommen sind. Joseph Schindmann, Klempner, Wabrinstr. 17, Stettin.

Der Former Louis Reifegerste aus Dessau, Nr. 18 662, wird um Angabe seiner Adresse gebeten, damit ihm sein Mitgliedsbuch zugestellt werden kann. G. Fischer, Meihen, Schulplatz 2, III.

Das Buch des Schlossers W. Doyne, Nr. 88 518, ist verloren gegangen und aufzuhalten. Ortsverwaltung Nordhausen.

Der Feilenhauer Julius Barzin aus Neumark in Schlesien wird ersucht, seine Adresse an die Verwaltungsstelle Greß wegen Zeugenschaft vor Gericht so schnell als möglich zu senden.

Die Schlosser Bartwig Hansen, geb. den 22. Juni 1874 zu Bichpeln und Wilhelm Dietrich, geb. den 29. Dezbr. 1876 zu Dschag, werden ersucht, ihre Adressen an den Bevollmächtigten für Döbeln i. S., Emil Köhler, Kleinbauschlag b. Döbeln Nr. 35, gelangen zu lassen, damit ihnen ihre Mitgliedsbücher zugestellt werden können.

Das Former-Pinsel-Versandgeschäft von H. Weiland, Fürstenaalder (Spree), bringt seine vorzüglichsten Pinsel bei herabgesetzten Preisen in empfehlende Erinnerung. Preisliste.

Table with 4 columns: Quality (I, II), Size (Nr.), and Price (à Ddb.). Rows include various brush sizes and prices for different quality levels.